Globalisierung
braucht
Gestaltung

attac



2013 – das dreizehnte Jahr

Impressum
Attac Österreich Jahresbericht 2013

Attac Österreich
Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte

Margaretenstraße 166/3/25
A-1050 Wien
Telefon 01 5440010
Fax 01 5440059
Internet www.attac.at
E-Mail infos@attac.at
Bankverbindung **Kt.Nr.** 82424891500, **BLZ** 20111 Erste Bank
IBAN AT552011182424891500
BIC GIBAATWWXXX

Grafik Anna Erber, Marta Gomez, Thomas Hirt, Wolfgang Homola, Anne Lange, Klara Tolnai, Isabella Zieritz
Druck REMAPRINT, Auflage: 6.700 Stück
Für den Inhalt verantwortlich Attac Österreich
Fotos (wenn nicht anders angegeben) Attac Österreich
Inseratenakquisition Monika Stadler
Redaktion Barbara Cäcilia Supper, David Walch, Wilhelm Zwirner
Gesamtkoordination Barbara Cäcilia Supper
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Wien, März 2014

Ein großes **DANKESCHÖN** an die vielen Menschen, die sich das ganze Jahr über ehrenamtlich in den Attac-Gruppen engagieren; an alle, die denken, planen, organisieren, fotografieren, schreiben, gestalten, filmen, interviewen, schneiden, programmieren, layoutieren, basteln, informieren, finanzieren, kuvertieren, twittern, posten, musizieren… kurz: tatkräftig mithelfen, **Attac zu dem zu machen, was es ist!**

Inhalt

War das ein verflixtes 13. Jahr? Bei dem, was Attac Österreich alles geschafft hat: sicher nicht!

Österreichweit wurden 2013 rund 300 Veranstaltungen organisiert, darunter unsere zwei großen Bildungsveranstaltungen: die AktionsAkademie im Wiener WUK und die SommerAkademie in Eisenstadt. Wir haben internationale Tagungen und Konferenzen veranstaltet, und auch in Sachen Bildungsarbeit hat sich sehr viel getan: unzählige Informationsmaterialien, Broschüren, Folder, Flyer, Radiobeiträge und Videos wurden produziert.

In der Kampagnenarbeit ging es im vergangenen Jahr zurück zu unseren Wurzeln: Das Netzwerk zur Durchsetzung einer Finanztransaktionssteuer wurde reaktiviert. Die Umsetzung der Steuer steht in greifbarer Nähe, aber eine Verwässerung der Gesetze droht. Darüber hinaus haben wir die Kampagne für ein solidarisches und demokratisches Europa gestartet und uns hier besonders auf den Wettbewerbspakt konzentriert. Durch unsere Arbeit wurde die Umsetzung dieses Paktes vorerst verhindert. Das ist ein Riesenerfolg!

In der medialen Öffentlichkeit konnten wir unsere Themen – Alternativen zur EU-Krisenpolitik, Lebensmittelspekulationen, Steueroasen, Vermögenssteuern und viele mehr – ebenfalls gut platzieren. Es gab mehrere Pressekonferenzen und TV-Auftritte von und mit Attac. Die kritische Recherche zu den „Rettungsgeldern" für Griechenland und Irland erreichte nicht nur in Österreich sondern in ganz Europa große Aufmerksamkeit und wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt.

Auch auf den Straßen war Attac oft anzutreffen. Vor dem Bundeskanzleramt bauten wir eine Steueroase auf und landeten damit prompt in allen Zeitungen. Beim Aktionstag „Menschen retten statt Banken" im März fanden in mehreren Städten Kundgebungen und Info-Veranstaltungen statt. Außerdem fuhr eine Gruppe von Attac AktivistInnen zu den Blockupy-Protesten nach Frankfurt.

Attac als Netzwerkerin hat mit dem Tax Justice Network weltweite Schattenfinanzplätze in die Öffentlichkeit gebracht, in der Allianz „Wege aus der Krise" das vierte Zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget mitherausgegeben, ein Griechenland-Solidaritätsnetzwerk in Österreich mitaufgebaut und erfolgreich ein europäisches Lernpartnerschaftsprojekt zu Ernährungssouveränität abgeschlossen (und auch gleich ein neues gestartet).

Stellen Sie sich einmal vor, es würde Attac nicht geben. Dann wäre alles, was Sie in diesem Jahresbericht nachlesen können, nicht passiert und unsere vielen Pläne für 2014 – wie etwa die Verhinderung des EU-USA Freihandelsabkommens TTIP – würden nicht umgesetzt!

Schön, dass Sie ein Teil von Attac sind. Wir wünschen Ihnen eine unterhaltsame und interessante Lektüre!

Der Attac-Vorstand: Alexandra, René, Julianna, Mike, Lisa, Hans, Sissi, Elisabeth, Markus (von links nach rechts)



Brennpunkte

Seit Anfang 2013 verhandelt die EU Kommission im Auftrag der EU-RegierungschefInnen (also auch Bundeskanzler Faymann) die „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft" mit den USA – kurz TTIP.



Fotos von Manuel Zauner

TTIP – Die Privatisierung der Demokratie verhindern!

von Alexandra Strickner

Die Erleichterung von Handel und Investitionen soll laut den Verantwortlichen Wachstum und Wohlstand für alle bringen. Was das betrifft, sind die bislang seitens der EU Kommission vorgelegten Studien jedoch dürftig: Lediglich 0,03 bis 0,2 Prozent Wirtschaftswachstum würde TTIP in den nächsten zehn Jahren für die EU bringen und insgesamt 400.000 neue Arbeitsplätze in den ersten 15 Jahren. Ein mehr als bescheidener Effekt angesichts der mehr als 26 Millionen Arbeitslosen in der EU. Eine detaillierte kritische Analyse der Annahmen in diesen Studien würde wohl ein noch dürftigeres Ergebnis zum Vorschein bringen.

Die Verhandlungen laufen völlig undemokratisch ab

Die Verhandlungsdokumente sind geheim. Das Europäische Parlament wird lediglich informiert und ist zur Geheimhaltung verpflichtet; nationale Parlamente sind nicht eingebunden und werden meistens nicht einmal informiert. Dagegen werden große Konzerne von der Europäischen Kommission hofiert. Im Vorfeld der Verhandlungen fanden 93 Prozent der Treffen mit LobbyistInnen internationaler Großkonzerne statt. Zivilgesellschaftliche Organisationen hingegen haben kein Mitspracherecht.

Wer entscheidet?

Ein Abschluss der Verhandlungen wird von offizieller Seite noch im Jahr 2014 erwartet. Allerdings ist es unwahr-

scheinlich, dass dieser Termin eingehalten wird. Wenn das Abkommen einmal ausgehandelt ist, darf das Europäische Parlament dem vorliegenden Vertrag nur zustimmen oder ihn ablehnen. Ob nationale Parlamente in den Abstimmungsprozess eingebunden werden, ist noch unklar.

Alle Macht den Konzernen

Ein zentraler Bestandteil des Abkommens ist die Beseitigung der sogenannten „nicht-tarifären" Handelshemmnisse zwischen beiden Wirtschaftsregionen – Zölle gibt es ohnehin kaum noch. Gesetze und Regelungen wie zum Beispiel KonsumentInnen- und Datenschutz, die Kennzeichnung von Lebensmitteln, Umweltgesetze, Medikamentenpreise, Patente, Arbeitsnormen und auch die Vergaberegeln für öffentliche Aufträge sollen in Zukunft „gegenseitig anerkannt" werden. Für die EU könnte das Gentechnik, Hormonfleisch oder Chlorhühner auf dem Teller, geringeren Datenschutz oder eine weitere Verschlechterung von Arbeitsbedingungen bedeuten.

Während mit TTIP die breite Masse der Menschen in der EU und den USA eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensqualität erfahren wird und auch die Umwelt das Nachsehen hat, gibt es einige wenige Gewinner: Konzerne auf beiden Seiten des Atlantiks. Für sie werden die Gewinne sprudeln. TTIP ist nichts anderes als ein Unterwerfungsabkommen unter die Profitinteressen von Konzernen und die Privatisierung der Demokratie.

Klagerechte für Investoren?

Ein weiteres Verhandlungsthema: die Einführung von Klagerechten für EU und US-Konzerne. Diese sollen die Möglichkeit erhalten Staaten zu klagen, wenn sie sich „unfair behandelt" oder „indirekt enteignet" fühlen. Der Beschluss neuer oder die Veränderung bestehender Gesetze kann zu Konzernklagen auf entgangene Gewinne mit Forderungen in Millionenhöhe führen.

Schon jetzt gibt es damit viele Erfahrungen. Beispiele gefällig? Der schwedische Energiekonzern Vattenfall hat Deutschland auf drei Milliarden Euro Schadenersatz für den Ausstieg aus der Atomkraft geklagt – Verfahren noch anhängig. Ägypten wurde 2012 vom französischen Wasserkonzern Veolia für die Anhebung des Mindestlohns vor das Schiedsgericht gezerrt. Diese Klagen werden bei internationalen Schiedsgerichten wie dem Weltbanktribunal (ICSID) verhandelt – von drei Personen (zwei Anwälte, ein Schiedsrichter), unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Berufungsmöglichkeit.

Konzerne können so öffentliche Staatskassen plündern. Allein die Drohung solcher Klagen wird zum „Chilling"-Effekt führen – der Selbstbeschränkung von Regierungen strengere Umwelt- oder Sozialgesetzen zu erlassen. Klagerechte sind daher nichts anderes als eine ernsthafte Gefährdung der Demokratie.

Das Unterwerfungsabkommen verhindern

Für Attac ist klar: Wir müssen dieses Abkommen verhindern! Dabei sind wir nicht alleine. In Österreich baut sich langsam eine breite Front gegen TTIP auf, ebenso wie in den anderen EU Staaten und auch in den USA. In einer gemeinsamen Aktion mit anderen NGOs hatten bis Ende Jänner bereits knapp 10.000 Menschen eine E-Mail mit der Forderung alle Verhandlungsdokumente offenzulegen an die österreichische Regierung gesendet.

Unsere Forderungen:

- Verhandlungsdokumente sofort offenlegen!
- Keine Privatisierung der Demokratie!
- TTIP-Verhandlungen sofort beenden!
- Wirtschaft anders gestalten – Europa neu begründen.

Was können Sie tun?

- Schicken Sie eine Protestmail an die österreichische Regierung: attac.at/ttip-stoppen
- Informieren Sie sich über unsere Veranstaltungen und Vorträge.
- Beteiligen Sie sich an Aktionen und Aktionstagen. ||



Übergabe eines Protestbriefs an EU-Chefverhandler Ignacio Garcia Bercero

Finanztransaktionssteuer kommt - nur wie?

Die GegnerInnen der Steuer haben argumentativ nur alte Hüte zu bieten

von David Walch

Das jahrelange europäische Ringen um die Finanztransaktionssteuer (FTS) befindet sich in der entscheidenden Phase. Seit sich am 22. Jänner 2013 elf europäische Staaten prinzipiell auf ihre Einführung geeinigt haben, blasen die Finanzlobbys zum Großangriff auf die Steuer, um sie möglichst stark zu verwässern.

Die FTS belastet bekanntlich Finanzgeschäfte umso mehr, je schneller und riskanter sie sind. Das macht kurzfristige Spekulationen unattraktiv, stabilisiert die Märkte, beugt Finanzkrisen vor und fördert reale Investitionen. Ihre Erlöse könnten dazu dienen, die sozialen Kosten der Krise abzufedern. Doch erst die konkrete Ausgestaltung, was genau wie und wie hoch besteuert wird, ist entscheidend dafür, ob die Steuer ihren Zweck erfüllen wird.

Niedrige Steuersätze

Basis der Verhandlungen ist der Gesetzesvorschlag der EU-Kommission. Er sieht unterschiedliche Steuersätze von 0,1 Prozent und – ausgerechnet für besonders spekulative Produkte – 0,01 Prozent vor. Damit ist er weit vom Ideal einer flächendeckenden Anwendung eines einheitlichen Steuersatzes entfernt. Dennoch beinhaltet er sinnvolle Maßnahmen, um die prinzipielle Umgehung der Steuer stark einzuschränken.



Die Richtung ist also nicht völlig verkehrt, und das kann der Finanzbranche nicht recht sein. Die entscheidenden Verhandlungen auf Ebene der RegierungsvertreterInnen sind seit Monaten ins Stocken geraten, weil einige Mitgliedstaaten den Interessen ihres Finanzsektors dienen. Argumentativ haben sie nur alte Hüte zu bieten: Die Kosten für InvestorInnen würden steigen, die Finanzstabilität leiden, KleinsparerInnen und PensionistInnen hätten die Hauptlast der Steuer zu tragen. Nichts davon ist wahr.

Panikmache

Bei den Pensionsfonds fällt die Panikmache des Finanzsektors naturgemäß auf fruchtbaren Boden. Doch die öffentliche, umlagefinanzierte Pension wäre von der Steuer überhaupt nicht betroffen. Selbst private, finanzmarktbasierte Pensionskassen wechseln ihr Wertpapier-Portfolio im Schnitt nur alle zwei Jahre. Eine Steuer von 0,1 Prozent ist für sie völlig vernachlässigbar – vor allem im Vergleich zu den Verwaltungskosten zwischen zwei und 20 Prozent für VermittlerInnen, BeraterInnen und MaklerInnen.

VertreterInnen großer Pensionsfonds klagen, dass die Steuer sie „zwingen würde, anders zu investieren“. Gut so! Gerade bei Pensionsfonds müssen hochriskante Spekulationen eingedämmt werden. Auch das öffentliche Pensionssystem profitiert insgesamt von einer krisensicheren Wirtschaft, da jene, die Arbeit haben, ins System einzahlen. Eine FTS wird daher den PensionistInnen helfen, nicht schaden. Umso befremdlicher, dass auch Österreichs Seniorenver-







Protestaktion am Börsenplatz

Fotos von attac.de

treter Blecha und Khol per Beschluss des Seniorenrates eine Ausnahme von der Steuer fordern und ein Gespräch mit der kritischen Zivilgesellschaft verweigern.

Banken warnen vor Belastungen

Repo-Kredite sind eigentlich kurzfristige Vermögensverkäufe, die sich Banken gegenseitig für wenige Stunden gewähren. Die Banken warnen – mittels einer Studie von Goldman Sachs – vor Belastungen im Ausmaß von 118 Milliarden Euro, sollten diese wie geplant mit 0,1 Prozent besteuert werden. Die Studie geht jedoch von keinem Rückgang der Repo-Geschäfte aus – eine völlig absurde Annahme, besteht doch genau darin der Sinn der Steuer.

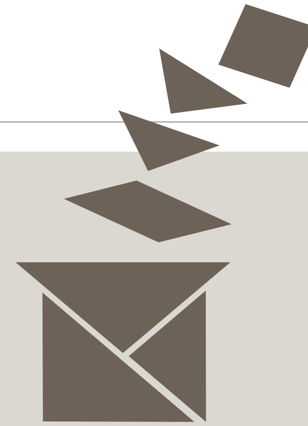
Die Autoren errechnen zudem durch Multiplizieren der Transaktionen eine angebliche Steuerbelastung von 360 Prozent. Nach derselben Logik würde eine Familie, die täglich konsumiert, 7935 Prozent Mehrwertsteuer bezahlen – nämlich 365-mal im Jahr 20 Prozent. Wer braucht aber diese kurzfristigen Kredite? Sicherlich niemand, der in der Realwirtschaft tätig ist. Vielmehr dienen die Repos zur Absicherung von Wetten auf Zins- oder Aktienkursschwankungen oder anderen Spekulationen. Da Repos bevorzugt vor normalen Krediten behandelt werden, können Banken dadurch ihre – meist ohnehin exorbitante – Verschuldung noch steigern. Sie spielten daher auch beim großen Crash 2008 eine wichtige Rolle. Eine Besteuerung ginge damit an den Kern des systemischen Risikos und der Vernetzung im Bankensektor. Ein verminderter Steuersatz oder gar eine gänzliche Ausnahme wären katastrophal.

Fünf Jahre nach der Lehman-Pleite geht es im globalen Finanzcasino riskanter zu als je zuvor. Keine der damals angekündigten Reformen wurde umgesetzt. Die Banken bleiben – Bankenunion hin oder her – weiterhin gefährlich unterkapitalisiert und „bigger to fail" denn je. Das Volumen der Schattenbanken und der Derivatemärkte ist sogar höher als vor fünf Jahren (siehe Seite 8). Selbst die „giftigsten" Finanzrisikoprodukte wurden nicht verboten. Der unregulierte Finanzsektor pumpt das billige Zentralbankgeld in spekulative Geschäfte, anstatt es mit günstigen Krediten an die Realwirtschaft weiterzugeben. Aktienkurse, Vermögens- und Rohstoffpreise springen daher Kapriolen, während die Wirtschaft weiter am Boden liegt. Eine FTS könnte nicht all diese Probleme lösen, aber sie bleibt ein unverzichtbares Element wirksamer Finanzregulierung.

Deutschland und Frankreich einigten sich im Februar 2014 darauf, einen konkreten Vorschlag für die Ausgestaltung der Steuer auszuarbeiten – eine entscheidende Grundlage für weitere Verhandlungen zwischen jenen elf europäischen Staaten, welche die Steuer umsetzen wollen. Während Deutschland eine breite Bemessungsgrundlage der Steuer anstrebt, will Frankreich die Steuer verwässern und einen Großteil der Derivate sowie Devisentransaktionen nicht besteuern. Noch vor den Europawahlen im Mai 2014 soll es mehr Gewissheit darüber geben, wie eine zukünftige Steuer aussehen wird. Die aktuelle Auseinandersetzung weist daher den Weg, ob es gelingen kann endlich die Diktatur der Finanzmärkte zu brechen. ||

Leicht geänderte Fassung eines Kommentars auf derStandard.at, 17.12.2013

Attac unterstützt eine europaweite E-Mailaktion für eine effektive FTS: www.financialtransactiontax.eu/de



Ein voller Erfolg für die Großbanken?

EU-Bankenunion – Risiko für SteuerzahlerInnen bleibt aufrecht

von David Walch

2014 biegt die europäische „Bankenunion" in die Zielgerade. Sie gilt für viele als wichtigster europäischer Integrationsschritt seit Einführung des Euro und soll die SteuerzahlerInnen vor den Kosten neuerlicher Bankenrettungen schützen. Sie besteht - vereinfacht gesprochen - aus drei Teilen: Einer gesamteuropäischen Aufsichtsbehörde, einem europäischen Insolvenzrecht für Banken (inklusive „Rettungsfonds") und einer europäischen Einlagensicherung. Doch auch damit bleibt das Risiko für teure Bankenrettungen durch die Allgemeinheit aufrecht. Die Bankenunion entpuppt sich als voller Erfolg für die Großbanken.

Bei der prinzipiell sinnvollen und dringend nötigen EU-Bankenaufsicht werden die grundsätzlichen Probleme bereits sichtbar, denn die geplanten Vorschriften, nach denen die Aufsicht prüfen soll, sind viel zu schwach. Laut der maximalen Verschuldungsquote in „BASEL III" müssen Banken nur 3 % Eigenkapital halten – können sich also zu 97 % (!) ihrer Bilanz verschulden. Damit können sie ihr eingesetztes Kapital weiter enorm riskant „hebeln" um ihre Profitmöglichkeiten zu steigern – auf Kosten der Allgemeinheit. Selbst diese 3 % wurden Anfang 2014 nochmal aufgeweicht, da z. B. bestimmte Derivate nicht mit Eigenkapital unterlegt werden sollen. Was nützt also die beste Polizei, wenn es erlaubt ist mit 120 km/h durch Ortsgebiet zu rasen?

Das EU-Insolvenzrecht soll unter anderem dafür sorgen, dass zuerst EigentümerInnen und ungesicherte GläubigerInnen für Bankenrettungen aufkommen müssen – nicht aber automatisch die SteuerzahlerInnen. Eine solche „Haftungskaskade" gibt es derzeit nicht, eine Regelung wäre daher tatsächlich ein wichtiger Fortschritt. Doch die Pläne beinhalten Maximalgrenzen (bis 8 % der Bilanz) und gefährliche Lücken (Staaten dürfen Banken »präventiv« retten). Außerdem sollen langwierige und unpraktikable Verfahren zwischen den EU-Staaten über die Abwicklung von großen Finanzinstituten entscheiden. Auch der dazugehörende Rettungsfonds (55 Milliarden Euro ab 2023), den die Banken selbst speisen sollen, ist kein Ruhekissen. Bei den größten Banken (die Deutsche Bank hat eine Bilanz von 2 Billionen Euro) werden also wieder die SteuerzahlerInnen einspringen müssen - von einer systemischen Finanzkrise ganz zu schweigen. Ob es bis zur Europawahl 2014 noch zu einer Einigung kommen wird, ist unsicher. Auch die letzte Säule, eine gemeinsame Einlagensicherung, ist politisch heftig umstritten – vor allem in Deutschland.

Die Bankenunion regelt also nur, wann und wie der Notarzt kommt – und das völlig unzureichend. Sie bietet keine Krisenprävention. Viele Großbanken sind größer und verflochtener als je zuvor und noch dazu massiv unterkapitalisiert. Banken müssten daher zerteilt werden und das Casino-Investmentbanking vom normalen KundInnengeschäft getrennt werden. Ein wirksamer „Schutz" für die SteuerzahlerInnen besteht nur, wenn keine Bank mehr systemrelevant ist. Mittelfristig muss der gesamte Bankensektor auf seine Kernaufgabe – das Einlagen- und Kreditgeschäft – beschränkt werden. Aber darüber wird auf politischer Ebene nicht einmal diskutiert. ||



Pressekonferenz der Plattform „Europa geht anders" im Dezember 2013

2013 entstand unter Mithilfe von Attac die Plattform „Europa geht anders" als Gegenbewegung zum nächsten Vorhaben der EU-Regierungen, dem sogenannten EU-Wettbewerbspakt.

Europa geht anders!

von Madeleine Drescher

Über 300 prominente ErstunterzeichnerInnen aus Österreich, Deutschland, Frankreich und Italien unterstützen das Ziel diesen Pakt zu verhindern und für ein anderes Europa zu kämpfen. Mehr als 10.000 BürgerInnen aus ganz Europa haben den Aufruf bereits unterzeichnet.

Der Wettbewerbspakt ist der nächste Schritt in der autoritären Krisenpolitik der EU und hieße die „Troika für alle" einzuführen. Die Argumentation der Regierungen: An steigender Arbeitslosigkeit und schwachem Wirtschaftswachstum in Europa sei die mangelnde globale Wettbewerbsfähigkeit schuld.

Wettbewerbspakt: Kürzen für immer!

Mit dem Wettbewerbspakt sollen Löhne und die Kosten für Sozialsysteme radikal gekürzt werden. Alle Eurozonen-Länder sollen mit der EU-Kommission bilaterale Verträge abschließen, in denen sie sich verpflichten, deren wirtschafts- und budgetpolitische Empfehlungen umzusetzen. Damit soll die katastrophale EU-Kürzungspolitik, wie sie Griechenland, Spanien oder Portugal aufgezwungen wird, auf die gesamte Eurozone ausgedehnt und unumkehrbar gemacht werden. Länder, die besonders radikale Kürzungen (etwa bei den Löhnen) durchführen, sollen auch noch finanziell belohnt werden. Die Folgen dieser Politik sehen wir in Südeuropa: noch mehr Arbeitslose, steigende Armut, die Zerstörung des Gesundheitssystems… Der Wettbewerbspakt bedeutet: Kürzen für immer! Banken und Konzerne profitieren davon, die Rechte der demokratisch gewählten Parlamente hingegen werden weiter massiv beschnitten.

Druck der Zivilgesellschaft zeigt Wirkung

Das Engagement der Zivilgesellschaft und insbesondere der Plattform „Europa geht anders" hat dazu geführt, dass der Beschluss über den Pakt immer wieder hinausgezögert wird. Anders als beim Fiskalpakt (wo wir von der Entscheidung der Regierungschefs, diesen einzuführen, überrascht wurden) konnten wir diesmal innerhalb verschiedener Organisationen – Gewerkschaften, NGOs und Parteien – den Wettbewerbspakt problematisieren und Druck auf die österreichische Regierung ausüben, diesem Pakt nicht zuzustimmen. Mit Erfolg! Weder beim Sommergipfel im Juni 2013 noch beim Dezembergipfel des Europäischen Rates konnte der Pakt durchgesetzt werden. Unsere Arbeit hat dazu beigetragen, dass ein Durchwinken dieser „Troika für alle" vorerst gestoppt werden konnte und die österreichische Regierung gezwungen war sich vorab medial öffentlich zu positionieren.

Auch 2014 werden wir nicht lockerlassen und gemeinsam mit unseren KollegInnen in anderen EU-Ländern daran arbeiten, dass der Wettbewerbspakt nicht umgesetzt wird. Setzen Sie sich gemeinsam mit uns für ein anderes Europa ein und sagen Sie Nein zum Wettbewerbspakt! ||

Unterzeichnen Sie den Aufruf auf
www.unsereuropagehtanders.eu.

europa geht anders

Wohin fließen die europäischen „Rettungsgelder“?

Attac-Recherchen belegen: EU-Krisenpolitik rettet Banken, nicht Menschen

von Lisa Mittendrein und Valentin Schwarz

Zwei Recherchen von Attac Österreich sorgten 2013 für Aufregung. Sie listeten detailliert auf, wie viel von den europäischen „Rettungsgeldern“ an Griechenland und Irland in den Finanzsektor geflossen ist. Was viele ahnten wurde damit eindeutig belegt: Das Ziel der politischen Eliten ist nicht die Rettung der Bevölkerungen, sondern des Finanzsektors.

In Griechenland flossen mindestens 77 % der „Rettungsgelder“ im Ausmaß von 216 Milliarden Euro (Stand: August 2013) direkt oder indirekt in den Finanzsektor. In Irland stehen den 67,5 Milliarden Hilfskrediten der Troika im gleichen Zeitraum Zahlungen in der Höhe von 89,5 Milliarden aus dem irischen Budget für Banken und GläubigerInnen gegenüber.

Sowohl die griechische als auch die irische Bevölkerung muss die Rettung von Banken und GläubigerInnen mit einer brutalen Kürzungspolitik bezahlen. Auch die österreichische Regierung trägt diesen menschenverachtenden Kurs seit Jahren mit. Aus demokratiepolitischer Sicht ist zudem skandalös, dass die Verantwortlichen in Troika und EFSF ihren Umgang mit öffentlichen Mitteln kaum dokumentieren.

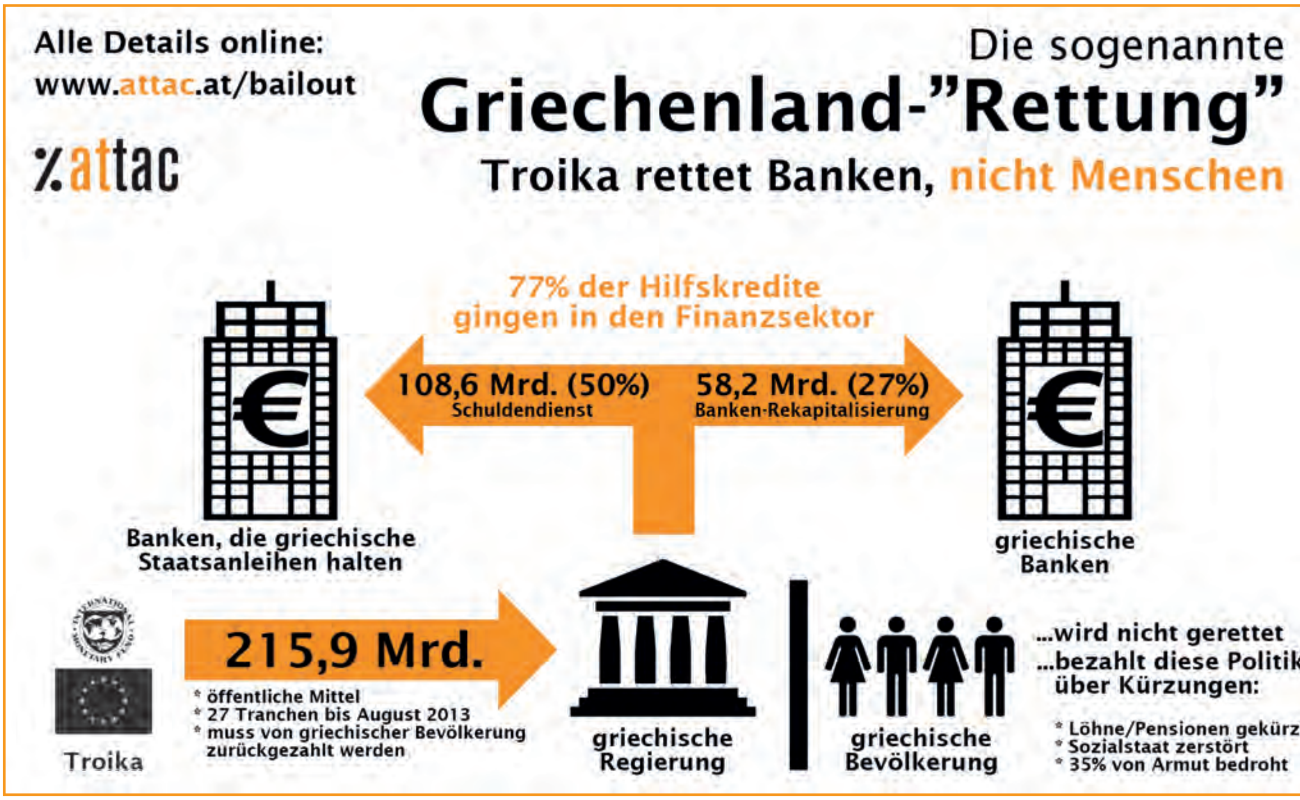
Krisenpolitik braucht radikalen Kurswechsel…

Die europäische Politik hat es in den fünf Jahren seit dem Finanzcrash verabsäumt, den zu großen und mächtigen Finanzsektor, der die Krise ausgelöst hat, zu entmachten, zu regulieren und zu verkleinern. In der Krisenpolitik ist ein radikaler Kurswechsel überfällig. Die Politik muss aufhören, mit Unsummen öffentlicher Mittel einen Finanzsektor zu retten, der nicht zu retten ist (siehe Text zur Bankenunion auf Seite 8).

Die brutale Kürzungspolitik, die Sozial- und Gesundheitssysteme zerstört und in ganz Europa hunderte Millionen Menschen in Armut stürzt, muss ein Ende haben. Stattdessen braucht es europäische Investitionsprogramme und eine europäisch koordinierte Steuer- und Wirtschaftspolitik im Interesse der breiten Bevölkerung. An den bereits entstandenen Krisenlasten müssen GläubigerInnen und Vermögende mit Schuldenerlassen und europaweit koordinierten hohen Vermögenssteuern beteiligt werden. Die Kosten der Krise müssen endlich von jenen beglichen werden, die sie verursacht haben. Zwischen März 2010 und August 2013 haben EU und IWF in 27 Tranchen 215,9 Milliarden Euro für die sogenannte “Griechenland-Rettung” eingesetzt. Im Staatshaushalt und bei den Menschen kam dieses Geld jedoch nicht an:

- 58,2 Milliarden (27 %) wurden für die Rekapitalisierung griechischer Banken verwendet – anstatt den zu großen und maroden Sektor nachhaltig umzustrukturieren und die Eigentümer der Banken für deren Verluste haften zu lassen.
- 108,6 Milliarden (50,3 %) kamen GläubigerInnen des griechischen Staats zugute. Davon wurden 62,7 Milliarden verwendet, um auslaufende Staatsanleihen zu bedienen – anstatt die GläubigerInnen das Risiko tragen zu lassen, für das sie zuvor hohe Zinsen kassiert hatten. Weitere 34,6 Milliarden dienten dazu, die GläubigerInnen für den Schuldenschnitt im März 2012 zu gewinnen. 11,3 Milliarden wurden im Dezember 2012 für einen Schuldenrückkauf eingesetzt, bei dem der griechische Staat GläubigerInnen beinahe wertlose Anleihen abkaufte.
- 48,2 Milliarden (22,3 %) flossen in den griechischen Staatshaushalt oder konnten nicht eindeutig zugeordnet werden.
- 0,9 Milliarden (0,4 %) gingen als griechischer Beitrag an den neuen Rettungsschirm ESM.

Zusätzlich flossen im selben Zeitraum mehr als 38,3 Milliarden aus dem Staatshaushalt als Zinsen für laufende Staatsanleihen erneut an GläubigerInnen.



Zu den tatsächlich Geretteten zählt etwa die Milliardärsfamilie Latsis, eine der reichsten Familien Griechenlands, die große Teile der staatlich geretteten „Eurobank Ergasias" besitzt. Auch SpekulantInnen profitierten: Der Hedgefonds Third Point streifte im Zuge des Schuldenrückkaufs vom Dezember 2012 mit Hilfe von öffentlichen Geldern einen Gewinn von rund 500 Millionen ein.

Wer wurde gerettet?

Verschärfend kommt hinzu, dass erneute Milliardenhilfen an die griechischen Banken fließen, obwohl einige von ihnen die offiziellen Bedingungen dafür nur noch mit dubiosen Mitteln erfüllen. Ein Reuters-Bericht deckte 2012 auf, mit welchen skandalösen Praktiken griechische Banken einander unbesicherte Kredite über ein Pyramidenspiel mit Offshore-Firmen zuschanzten, um so den Anschein zu erwecken, noch Zugang zu privatem Kapital zu haben und damit die Voraussetzungen für eine staatliche Rekapitalisierung zu erfüllen.

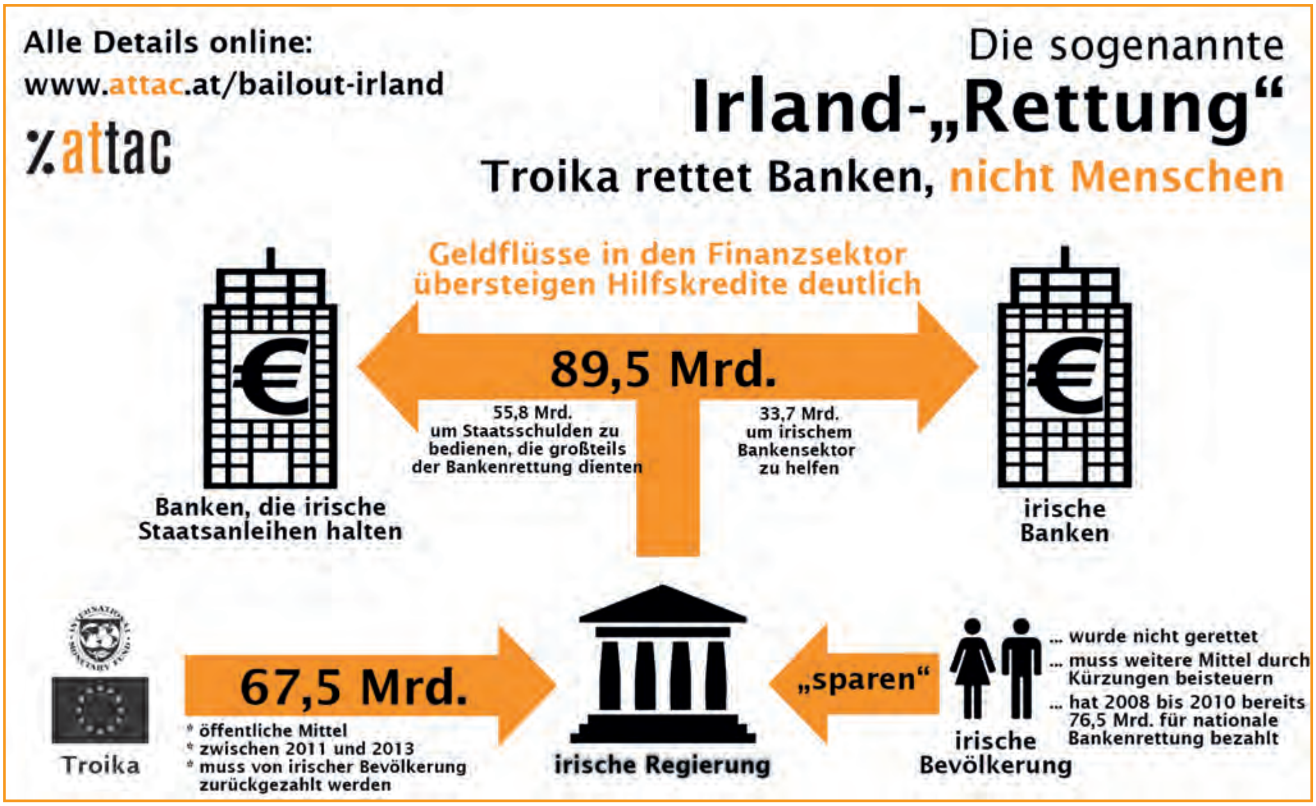
Mehrmals hielt die Troika zugesagte Teilzahlungen wochen- bis monatelang zurück, um Druck auf die griechische Demokratie auszuüben: im Herbst 2011, um eine Volksabstimmung über die Austeritätspolitik zu verhindern, und im Mai/Juni 2012, um die Siegeschancen der Troika-freundlichen Parteien bei den Parlamentswahlen zu erhöhen.

Irland schloss sein Troika-Programm im Dezember 2013 – mit verheerender Bilanz: Während der sogenannten „Rettung" floss deutlich mehr Geld aus Irland in den Finanzsektor, als der Inselstaat an Hilfskrediten erhielt.

- 18,1 Milliarden flossen in die Rekapitalisierung irischer Banken.
- 55,8 Milliarden kamen GläubigerInnen des irischen Staats zugute. Davon wurden 37,5 Milliarden für auslaufende Staatsanleihen und 18,3 Milliarden für Zinsen laufender Anleihen bezahlt.
- 1,6 Milliarden verwendete die National Asset Management Agency (NAMA), die vom Staat garantierte Bad Bank, um Banken faule Immobilienpapiere abzukaufen.
- 14 Milliarden kostete den Staat bisher die Abwicklung der Irish Bank Resolution Corporation (IBRC), einer Fusion zweier verstaatlichter Pleitebanken.

Troika verschärft falschen Kurs der irischen Regierung

Bereits im Vorfeld des „Rettungs"-Programms flossen zwischen 2008 und 2010 76,5 Milliarden Euro öffentlicher



Mittel direkt oder indirekt in die irischen Finanzinstitute. Die irische Regierung hatte eine Politik der uneingeschränkten Bankenrettungen verfolgt – und die Troika hat diesen Kurs weiter verschärft: Sie zwingt die irische Regierung dazu, selbst jene GläubigerInnen der notverstaatlichten Banken zur Gänze auszuzahlen, die nicht von der staatlichen Garantie erfasst sind.

Auch österreichische Banken gerettet

Wer die geretteten GläubigerInnen sind, wird von den politischen Eliten geheim gehalten. Eine geleakte, unvollständige Liste der GläubigerInnen von Anglo Irish, der größten irischen Pleitebank, umfasst internationale Großbanken wie Allianz, Barclays, Crédit Suisse, Deutsche Bank, Goldman Sachs, HSBC oder Société Générale. Auch Töchter österreichischer Banken wie Erste und Raiffeisen gehörten laut der Liste zu den ProfiteurInnen.

Staatlicher Pensionsfonds geplündert

Irland musste seine eigene „Rettung“ mit 17,5 Milliarden mitfinanzieren. Davon kamen 10 Milliarden aus dem staatlichen Pensionsfonds NPRF, der irische Pensionen in der Zukunft absichern sollte. Ende 2013 entschied die Regierung, ihn vollständig in einen Investmentfonds umzuwandeln. Zahlreiche weitere Austeritätsmaßnahmen trafen die Bevölkerung hart: Die Mehrwertsteuer wurde auf 23 % erhöht, das Kindergeld gekürzt, das Arbeitslosengeld für Jugendliche halbiert. Die Studiengebühren stiegen um das Dreifache auf 2.500 Euro. Insgesamt wurden der irischen Gesellschaft seit 2008 mit Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen 28 Milliarden Euro entzogen.

Höchste Auswanderungsrate in der EU - Schulden steigen weiter

Die sozialen Folgen dieser Krisenpolitik sind desaströs: Knapp ein Drittel der irischen Bevölkerung ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, ein Zehntel leidet unter Hunger. Bereits 300.000 Menschen sind in den letzten vier Jahren emigriert. Irland erlebte 2012 die höchste Netto-Auswanderung der gesamten EU.

Das irische Bruttoinlandsprodukt ist heute um 12,6 % niedriger als vor der Krise, die Arbeitslosigkeit mit 13 % mehr als doppelt so hoch. Unter Jugendlichen beträgt sie sogar 27 %. Die Staatsschulden, die als Folge der Bankenrettungen zwischen 2007 und 2010 von 25 % des Bruttoinlandsprodukts auf 91 % explodiert waren, stiegen unter Troika-Kontrolle weiter und erreichten 2013 rund 120 %. ||

Die griechische Regierung will ganz Europa die brutalen Sparmaßnahmen und Privatisierungen als Erfolgsgeschichte verkaufen – tatsächlich aber befindet sich Griechenland in einem furchterregenden Zustand.

Griechenland am Abgrund



Katerina Anastasiou, Solidarity4All Vienna

von Katerina Anastasiou

Mit der Finanzkrise hat die Verelendung des griechischen Volkes mittlerweile nur noch wenig zu tun. Die griechische Regierung und die Troika behaupten, ihre rigide Austeritätspolitik sei der einzige Ausweg. Aber ist diese Politik wirklich kompatibel mit der europäischen Vision?

Griechenland heute: Das öffentliche Gesundheitssystem ist zusammengebrochen, 40 % der Bevölkerung sind nicht krankenversichert, 1,5 Millionen GriechInnen sind arbeitslos, die Obdachlosenzahl nimmt täglich zu, die Selbstmordrate steigt.

2013 stürzte das Land noch weiter in die Rezession. Das Jahr begann mit tief greifenden Veränderungen der Arbeitsverhältnisse und der Beseitigung der Kollektivverträge. Die Mobilisierung der ArbeiterInnen in den betroffenen Branchen wurde durch verfassungswidrige „Einberufungen" und starke Polizeirepression zerschlagen, das Recht auf Streik und Protest von regierungsnahen Massenmedien kriminalisiert.

Im Juni ordnete die Regierung die sofortige Schließung des öffentlichen Rundfunks (ERT) an. Durch rechtliche Tricks und unter dem Vorwand, dies geschehe auf Verlangen der Troika, wurde die Verfassung des Landes umgangen; etwa 1800 Menschen wurden über Nacht arbeitslos. Diese Entscheidung erschütterte die Regierung: DI.MAR (die Demokratische Linke) verließ die Koalition. Die MitarbeiterInnen der ERT blieben, arbeiteten selbstverwaltet und gratis weiter – und ERT blieb auf Sendung, bis das Gebäude im November mit Unterstützung der Polizei geräumt wurde. Dieser Widerstand war eine Inspiration für die sozialen Bewegungen und brachte neue Impulse für den unabhängigen Journalismus in einem Land, in dem mittlerweile alles infrage gestellt werden muss.

Eine Welle der Gewalt erschüttert Griechenland

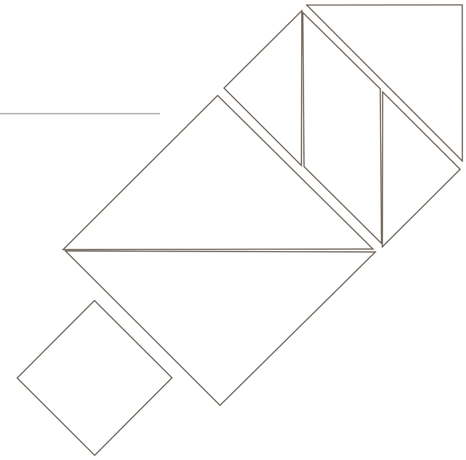
Neben neuen Sparmaßnahmen, ständigen Kürzungen bei Löhnen, Pensionen und Sozialleistungen und prekären Arbeitsverhältnissen erschüttert eine Welle der Gewalt das Land: MigrantInnen sind nicht mehr „nur" mit den täglichen rassistischen Pogromen der Goldenen Morgenröte konfrontiert – 2013 wurde der 27jährige Pakistani Shehzad Luqman in Athen ermordet. Zwei Mitglieder der Goldenen Morgenröte stachen ihn nieder.

In der Ägäis starben drei Frauen und neun Kinder, als das Boot, mit dem sie Griechenland erreichen wollten, kenterte. Nach Aussagen von Augenzeugen ist die Verantwortung für diese Tragödie der griechischen Hafenpolizei zuzuschreiben. Inmitten eines Sturmes versuchte diese die Flüchtlinge einzuschüchtern und das Boot zur Rückkehr in türkische Gewässer zu zwingen.

In Manolada wurde auf etwa 300 Arbeiter aus Bangladesch geschossen. Sie hatten sich geweigert weiterzuarbeiten, weil sie seit sechs Monaten keinen Lohn erhalten hatten. Rund 30 Arbeiter wurden verwundet – die Chefs wollten sie „nur" erschrecken.

Pavlos Fyssas, bekannter Musiker und Antifaschist, wurde von einem Mitglied der Goldenen Morgenröte erstochen. Einige Funktionäre und Parlamentarier der Partei, unter ihnen der selbst ernannte „Führer" Nikolaos Michaloliakos, landeten im Gefängnis. Ihr Wahlpotenzial hat die Goldene Morgenröte aber nicht verloren - derzeit liegt sie bei 8 bis 10 % und wird bei den Europawahlen 2014 antreten.

In einem Land, in dem einst die Idee eines vereinten Europa blühte, herrschen Angst, Armut und Unsicherheit. Ist das etwa das Europa unsere Träume?



Der Großangriff auf SteuerbetrügerInnen lässt auf sich warten

Schattenfinanzplätze boomen weiter

von David Walch

Korruption, Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Steuerflucht, Betrug, Insiderhandel und Bestechung - das sind die Folgen eines großteils intransparenten globalen Finanzsystems. Der am 7. November 2013 veröffentlichte Schattenfinanzindex (Financial Secrecy Index, FSI) des internationalen Tax Justice Networks belegt, dass die Schattenfinanzwirtschaft weiter boomt. Der Index ist die weltweit größte Untersuchung dieser Art und listet 82 Finanzzentren nach dem Grad ihrer Geheimhaltung und ihrem Anteil am Weltmarkt für grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen auf.

Strenge Bankgeheimnisse (wie in Österreich, Luxemburg oder der Schweiz), intransparente Eigentümerstrukturen bei Trusts, Treuhandschaften oder Stiftungen sowie mangelnde Kooperation der Behörden kennzeichnen weiterhin die schwarzen Löcher im internationalen Finanzsystem. Trotz wachsender öffentlicher Kritik und verbesserter Bemühungen der G20 (siehe unten), der EU oder der OECD sind wir Lichtjahre von effektiven Lösungen entfernt. Hunderte Milliarden Dollar für öffentliche Leistungen gehen den Staaten jährlich durch Schattenfinanzplätze verloren

Bemerkenswert: 13 der Top 21-Länder des Index sind OECD-Staaten oder von einem Mitglied abhängige oder kontrollierte Gebiete. Es liegt also nicht nur an den üblichen Verdächtigen in der Karibik die Probleme zu lösen, sondern vor allem an den politisch mächtigsten Staaten. Der automatische Informationsaustausch ist nicht einmal innerhalb der EU allgemeiner Standard. Die Begünstigten von Stiftungen, Trusts und (Schein-)Unternehmen werden in den meisten Ländern in keinen öffentlichen Registern aufgeführt.

Auf den ersten Plätzen: Verbündete Österreichs

An den ersten beiden Stellen des Index liegen die Schweiz und Luxemburg - beides Länder, mit denen sich Österreich im Kampf gegen mehr Transparenz gerne verbündet. Trotz Verbesserungen - etwa beim Bankgeheimnis insbesondere gegenüber den USA – ist die topplatzierte Schweiz weiterhin Speerspitze gegen internationale Bemühungen für mehr Transparenz. Auf Platz zwei liegt Luxemburg, das mit einem giftigen Cocktail aus Geheimhaltung, Steuerschlupflöchern und schwacher Finanzregulierung eine riesige Offshore-Finanzdienstleistungsbranche bedient.

Großbritannien „versteckte“ Nummer Eins

Großbritannien liegt zwar nur auf Platz 21, ist jedoch - allen Beteuerungen zum Trotz - die versteckte Nummer eins der Schattenfinanzwelt, wie das Tax Justice Network betont. Die City of London unterstützt und kontrolliert ein Netz von Verdunkelungsoasen auf der ganzen Welt, unter anderem die Cayman Islands (4.), Jersey (9.), Bermuda (14.) und Guernsey (15.). Dieses Netz würde zusammengenommen unangefochten Platz eins einnehmenz.

Hong Kong und Singapur, zwei rivalisierende und rasch wachsende Verdunkelungsoasen, liegen auf Platz 3 und 5 des Index, gefolgt von den USA und dem „Aufsteiger“ Libanon. Bemerkenswert auch der 8. Platz Deutschlands, verursacht großteils durch den mangelhaften Austausch steuerrelevanter Informationen und der großen Bedeutung als Finanzplatz.

Österreich weiter unter den intransparentesten Finanzplätzen

Österreich liegt im Ranking auf dem 18. Platz. Es erfüllt nur eine von fünfzehn Transparenz-Anforderungen des Tax Justice Networks vollständig, fünf gar nicht und neun nur teilweise.

Österreich ist – trotz gegenteiliger Ankündigungen im Frühjahr 2013 – mit Luxemburg eines von zwei EU-Ländern, die weiterhin am Bank-



Steueroasenaktion vor dem Bundeskanzleramt
Foto: Paul Sturm

geheimnis festhalten und nicht am automatischen Informationsaustausch in der EU teilnehmen. Beide Länder wollen sich in dieser Frage erst bewegen, wenn sich die Schweiz bewegt. Damit arbeitet Österreich Hand in Hand mit den Top-Schattenfinanzzentren, um weitere internationale Fortschritte in dieser Frage zu blockieren. Österreich kommt daher auch EU-intern immer mehr unter Druck von Steuerkommissar Semeta, der die Regierung offen und scharf kritisiert.

Wie Attac seit vielen Jahren fordert, muss daher das Bankgeheimnis endlich abgeschafft und ein zentrales Bankkonten-Register geschaffen werden. Damit hätten aus- und inländische Steuer- und Justizbehörden endlich wirksame Instrumente zur Betrugsbekämpfung in der Hand.

Der Schattenfinanzbericht kritisiert außerdem, dass die wirtschaftlichen Begünstigten von Stiftungen, Trusts/Treuhandvereinbarungen und Unternehmen nicht immer bekannt sind. Selbst dort, wo öffentliche Register existieren, erschweren Kosten den Zugang. Überhaupt nicht registriert werden müssen ausländische Trusts, deren österreichische TreuhänderInnen sowie Treuhandschaften ohne beteiligte NotarInnen oder AnwältInnen.

Ebenso fehlen EU-weit, und damit auch in Österreich, verbindliche Transparenzregeln für alle international tätigen Unternehmen, damit diese ihre Gewinne und Steuerzahlungen länderweise ausweisen. Das würde Ländern außerhalb der EU, insbesondere Entwicklungsländern, ebenfalls zugutekommen. Solche Regeln soll es in der EU ab 2015 immerhin für Banken und Unternehmen im Rohstoff- sowie Tropenholzbereich geben.

Das Tax Justice Network notiert jedoch auch einige Verbesserungen in Österreich: Am wichtigsten ist dabei die im Mai 2013 unterzeichnete Konvention des Europarates/der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen, welche allerdings noch nicht ratifiziert wurde. Seit 2011 müssen Stiftungen immerhin den Steuerbehörden die Identität jedes/jeder nicht in der Stiftungsurkunde genannten Begünstigten offenlegen. Das gilt auch für vor 2011 gegründete Stiftungen.

Aktionsplan der G20 reicht nicht aus

Begleitet von großer medialer Aufmerksamkeit hatten bereits im September 2013 die G20 einen Aktionsplan gegen internationale Steuerflucht vorgestellt. Ein genauerer Blick auf die Ergebnisse ist jedoch ernüchternd.

Zweifelsfrei ein wichtiger Schritt ist das Bekenntnis der G20 zu einem umfassenden automatischen Informationsaustausch der Steuerbehörden. Dieser soll bis Ende 2015 globaler Standard werden - das Bankgeheimnis für Steuerausländer wird damit defacto weltweit abgeschafft. Damit steigt auch der Druck auf die letzten

europäischen Bremsklötze wie Österreich, Luxemburg aber auch die Schweiz ihre Blockade aufzugeben.

Doch so wichtig dieser Schritt auch ist – er ist nicht ausreichend. Wie der Schattenfinanzindex zeigt, wird es für Privatpersonen weiterhin ein leichtes sein, Geld vor dem Zugriff von Steuerbehörden zu verstecken, solange es in vielen Ländern bei Stiftungen, Trusts oder Briefkastenfirmen keine öffentlich zugänglichen Register und keine Transparenz der wirtschaftlich Berechtigten gibt. Leider gibt es dazu nur vage Ankündigungen der G20. Auch in Zukunft wird zum Beispiel keines der mehr als 900.000 Unternehmen im US-Staat Delaware verpflichtet sein, den Steuer- oder Strafverfolgungsbehörden die wahren wirtschaftlich Begünstigten offen zu legen. Das Gleiche gilt für Steueroasen wie die Isle of Man, Panama, die Cayman Islands und viele mehr.

Im Bereich der Steuertricks globaler Konzerne wie Apple, Google oder Starbucks kündigen die G20 nicht weniger als fünfzehn Maßnahmen an, die in den nächsten zwei Jahren umgesetzt werden sollen. Doch dieser teils wenig konkrete Plan versucht nur ein grundlegend fehlerhaftes System zu reparieren, das auf der getrennten Besteuerung der Untereinheiten eines Konzerns beruht. Die G20 versuchen ein Sieb zu flicken, anstatt gleich eine neue Schüssel zu nehmen.

Zahlreiche internationale Organisationen und Experten fordern daher eine globale Gesamtbesteuerung für Konzerne („unitary taxation"). Dabei würden Großkonzerne als Einheit besteuert. Sie müssten in einem gemeinsamen Bericht Tätigkeiten und Gewinne ihrer Tochterunternehmen weltweit ausweisen. Mittels Umlageschlüssel werden diese Gewinne auf die einzelnen Länder aufgeteilt und dann besteuert. Ein erster Schritt dafür wäre die Einführung einer nach allen Ländern aufgeschlüsselten einheitlichen Finanzberichterstattung.

Von den Steuertricks der Konzerne am stärksten betroffen sind Entwicklungsländer. Die G20 haben zwar beschlossen, sie beim Aufbau effektiver Steuersysteme zu unterstützen und am automatischen Informationsaustausch zu beteiligen. Doch um ihre Interessen umfassend zu berücksichtigen, sollten vor allem die Vereinten Nationen in diesem Bereich gestärkt werden. Gar nicht adressiert wird zudem das prinzipielle Problem des globalen Wettlaufs nach unten bei den Unternehmenssteuersätzen.

Angesichts der Tatsache, dass die internationale Politik beim Thema Steuerflucht jahrzehntelang weggesehen hat, sind die politischen Ankündigungen des Jahres 2013 ein Schritt nach vorne. Doch auch nach 15 Jahren Druck aus der Zivilgesellschaft ist der große Wurf ausgeblieben - es bleibt noch ein weiter Weg zu globaler Steuergerechtigkeit. Wie so oft ist die Lösung des Problems nicht nur eine Frage von Expertise und guten Vorschlägen, sondern von öffentlichem Druck. Denn keine Gruppe ist reicher und einflussreicher als die ProfiteurInnen und BeschützerInnen dieses Systems. ||

Schattenfinanzindex 2013 - ENDRESULTATE

Rang	Land/Gebiet	FSI-Value	Geheimhaltungswert	Globale Gewichtung
1	Switzerland[2]	1.765,3	78	4,916
2	Luxembourg[2]	1.454,5	67	12,049
3	Hong Kong[2]	1.283,4	72	4,206
4	Cayman Islands[1,2]	1.233,6	70	4,694
5	Singapore[2]	1.216,9	70	4,280
6	USA[2]	1.213,0	58	22,586
7	Lebanon[2]	747,9	79	0,354
8	Germany[2]	738,3	59	4,326
9	Jersey[1,2]	591,7	75	0,263
10	Japan[2]	513,1	61	1,185
11	Panama	489,6	73	0,190
12	Malaysia (Labuan)[2,3]	471,7	80	0,082
13	Bahrain	461,2	72	0,182
14	Bermuda[1]	432,4	80	0,061
15	Guernsey[1]	419,4	67	0,257
16	UAE (Dubai)[2,3]	419,0	79	0,061
17	Canada[2]	418,5	54	2,008
18	**Austria[2]**	**400,8**	**64**	**0,371**
19	Mauritius	397,9	80	0,047
20	British Virgin Islands[1,2]	385,4	66	0,241
21	United Kingdom[1,2]	361,3	40	18,530
22	Macao	360,5	71	0,108
23	Marshall Islands	329,6	82	0,022
24	Korea	328,8	54	0,978
25	Russia[2]	325,3	60	0,318

Schattenfinanzindex des Tax Justice Networks

Der Reformprozess der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) sollte eigentlich Ende 2013 abgeschlossen sein - da die Verhandlungen sich jedoch langwieriger als gedacht gestalten, wurde für 2014 ein Übergangsjahr ausgerufen, in dem die finalen Entscheidungen getroffen werden.

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU

von Ludwig Rumetshofer

Obwohl jährlich ca. 60 Milliarden Euro in die EU-Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raumes gepumpt werden, schrumpfte die Anzahl der europäischen Betriebe zwischen 2003 und 2010 um 20 %, Biodiversität geht rasant verloren und EU- Lebensmittelexporte haben desaströse Auswirkungen auf die Märkte des Südens. Mit dem Anspruch eine ökologisch und sozial gerechtere GAP zu entwickeln, trat Dacian Ciolos sein Amt als EU-Landwirtschaftskommissar an. Viel ist davon nicht mehr übrig - kräftiges Lobbying und zähe Verhandlungen verwässerten den ohnehin als wenig ambitioniert geltenden Vorschlag noch weiter.

Greening oder doch Greenwashing?

Als Herzstück der Reform gilt die Neugestaltung der Direktzahlungen der sogenannten ersten Säule der GAP. Diese „entkoppelten“, also produktionsunabhängigen Zahlungen bekamen BäuerInnen bisher ausbezahlt, wenn sie gewisse gesetzliche Auflagen und Richtlinien einhielten. Künftig sollen 30 % dieser Gelder nur dann bezahlt werden, wenn folgende ökologische Mindeststandards gewährleistet sind:

- ein Grünlandumbruchverbot (Erhalt Dauergrünland des Jahres 2014)
- 5% der Ackerflächen als ökologische Vorrangflächen (ab 15 ha Ackerfläche; Anbau von stickstoffbindenden Pflanzen erlaubt; Ausnahmen vorgesehen)
- die sogenannte Diversifizierung der Anbaufrüchte ab 10 ha Ackerfläche; Betriebe mit 75% Grünlandanteil sind ausgenommen)

Bereits im Kommissionsvorschlag galt das Greening in den Augen vieler Umweltorganisationen als zahnlos. Mit diesem Beschluss ist es nun endgültig zur „lahmen Ente“ verkommen. Auf den 5% „ökologischen Vorrangflächen“ dürfen auch Eiweißpflanzen wie Soja, Ackerbohnen und Erbsen angebaut werden. Zudem scheint man dort Pestizide und Handelsdünger einsetzen zu dürfen. Von ökologisch kann da wohl kaum die Rede sein!

Verpasste Chancen

Neben dem verpatzten Greening und dem misslungenen Versuch der ungerechten Verteilung (20% der Betriebe erhalten 80% der Gelder) einen Riegel vorzuschieben, besteht ein weiteres schweres Versäumnis dieser GAP–Reform darin, dass sie keinerlei Marktregulierungsmaßnahmen beinhaltet und die Exportorientierung der europäischen Landwirtschaft unvermindert fortgesetzt wird. Wenn die Regulierung des Angebots fehlt, kommt es zu massiven Preisschwankungen für die BäuerInnen – so wie sie zählen fast alle BürgerInnen Europas zu den VerliererInnen. Die Profite streifen vor allem die großen Agrarkonzerne und die Supermarktketten ein.

Wir brauchen einen fundamentalen Wandel in der EU-Agrarpolitik. Die Bedürfnisse der Menschen und ihrer Umwelt müssen ins Zentrum gerückt werden, anstatt sich den Regeln des internationalen Handels unterzuordnen und den Dogmen der Freihandelspolitik zu beugen. Wir brauchen eine Agrarpolitik, die auf Ernährungssouveränität beruht und das Recht auf Nahrung für alle gewährleistet, die natürlichen Ressourcen für zukünftige Generationen erhält und ländliche Räume stärkt. ||



Jahrzehntelang hat Barbara Coudenhove-Kalergi die Geschichte Europas als Journalistin begleitet. Mit Attac spricht sie über politisches Engagement, die Schwäche der Linken und die neue Spaltung Europas.

„Neue Ideen werden immer von Minderheiten getragen“

Das Interview führte Valentin Schwarz am 27. Jänner 2014.

Attac: *Frau Coudenhove-Kalergi, als Journalistin haben Sie lange über Politik berichtet. Wann war der Moment, in dem Sie sich gedacht haben: Jetzt muss ich mich auch selbst engagieren?*
Barbara Coudenhove-Kalergi: Ich mag die Begriffe „Engagement“ und „Aktivismus“ nicht so sehr, jedenfalls für mich. Ich habe immer die Meinung vertreten, Journalisten sollen berichten und keine Reden halten – auch wenn ich das manchmal doch getan hab, etwa bei der großen Demo gegen Schwarz-Blau im Jahr 2000. Prinzipiell ist mir die Rolle als Journalistin und Beobachterin genug.

Ist die Abgrenzung von Journalismus und Aktivismus immer so einfach? In Ihrer Biographie schildern Sie Ihre persönliche Anteilnahme, als Sie vom Fall der Berliner Mauer oder der Samtenen Revolution in Prag berichtet haben.
Wenn man bei einer Revolution dabei ist, noch dazu bei einer siegreichen, hat man natürlich Gedanken und Gefühle. Ich glaube nicht, dass Objektivität bedeutet, dass einem alles wurscht ist. Man kann trotzdem versuchen, einigermaßen fair zu bleiben.

Das Land war damals viel ärmer als heute. Der Staat hat uns nicht sonderlich geholfen, aber er hat uns auch nicht gehindert, uns selbst zu helfen.

Dennoch haben Sie später die Initiative „Land der Menschen“ gegen Fremdenfeindlichkeit mitbegründet. Widerspricht das nicht diesem journalistischen Objektivitätsgebot?
Damals hat die FPÖ gerade mit ihrer heftigen Anti-Ausländer-Propaganda begonnen. Ein Plakat warnte vor „schwarzen Drogendealern“. Abgebildet war Jörg Haider, der eine Mutter beruhigt, dass ihre Kinder sicher vor Zuwanderern sind. Da habe ich eine Wut bekommen. Also habe ich andere dazu angestiftet, was zu tun. Unsere Idee war es, Ausländer und Inländer an einen Tisch zu bringen. Sie sollten miteinander reden, statt über die Kronen Zeitung zu kommunizieren.

Warum hat gerade dieses Thema Sie so bewegt?
Ich bin 1945 selbst als Flüchtlingskind nach Österreich gekommen. Das Land war damals viel ärmer als heute. Der Staat hat uns nicht sonderlich geholfen, aber er hat uns auch nicht gehindert, uns selbst zu helfen. Hätte man meine Familie damals so behandelt wie wir heute Flüchtlinge behandeln, wären wir möglicherweise alle im Kriminal gelandet.

Weshalb ist das heutige reiche Österreich weniger hilfsbereit als damalige arme?
Damals waren die Flüchtlinge deutschsprachig und wurden vom gemeinsamen Kriegsgegner vertrieben. Das ist was anderes als heute.

Eine andere Erklärung betrifft die stark gestiegene Ungleichheit. In Österreich sind heute eineinhalb Millionen Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Was halten Sie von der These, dass Abstiegsangst zu Fremdenfeindlichkeit führt?
Das kann ich mir gut vorstellen. In den Jahrzehnten nach dem Krieg waren wir zwar ärmer, aber optimistischer. Alle hatten das Gefühl: Meinen Kindern wird es einmal besser gehen als mir. Heute denken die Leute, dass sie gefährdet sind – und das sind sie auch. Sichere Jobs sind nicht mehr selbstverständlich und viele haben Angst, dass sie sich in der Pension die Miete nicht mehr leisten werden können.

Die einzige Partei, die diese Ängste anspricht, ist die FPÖ. Die anderen ignorieren das Thema und konzentrieren sich auf die sogenannte Mittelschicht. Treibt die Schwäche der Linken die Menschen in die Arme der Rechten?
Bestimmt. Die Linke beschränkt sich heute auf das Verteidigen von Besitzständen. Ein VOEST-Arbeiter ist bei der SPÖ gut aufgehoben, die schützt seine Rechte. Aber für die



Fotos von: Manuel Zauner

vielen weniger Privilegierten ist sie kaum überzeugend. Für die ist die Vorstellung „Wenn wir die Ausländer rausschmeißen, geht's uns allen besser" griffiger.

Eine wesentlich stärkere Linke gab es in den 1970ern unter Bruno Kreisky. Seinetwegen wurden Sie sogar kurz SPÖ-Mitglied. Was bräuchte die Linke heute, um eine ähnliche Position zu erreichen?

Das ist die 64.000-Dollar-Frage. Eine wirklich überzeugende Linke mit überzeugenden Persönlichkeiten sehe ich nirgends. Auch in Ländern mit großer Tradition steht sie schlecht da, etwa in Italien oder Frankreich. Andererseits war ich vor einiger Zeit auf einer Betriebsrätekonferenz, da sagte ein deutscher Teilnehmer: „Ihr wisst ja gar nicht, wie gut ihr es habt. Von so starken Gewerkschaften können wir in Deutschland nur träumen." Ganz schlecht stehen wir nicht da. In Wien ist das Wohnen dank der vielen öffentlichen Wohnungen halbwegs leistbar. Ich wäre schon zufrieden, wenn das, was wir haben, nicht verschwinden würde, wenn es bei uns nicht so weit käme wie anderswo.

Das ist eine defensive Haltung. Ist eine Trendwende hin zur Offensive möglich, oder werden wir unsere errungenen sozialen Rechte schrittweise verlieren?

Das hängt nicht zuletzt von der jungen Generation ab. Wenn ich an Osteuropa nach der Wende zurückdenke: Da konnte es den Jungen gar nicht kapitalistisch genug sein. Am liebsten wäre jeder ein Unternehmer geworden. Heute gibt es viel mehr Skepsis, viele haben den Konsumwahn satt. Ich glaube, die Glorifizierung des wildgewordenen Kapitalismus hat ihren Höhepunkt überschritten. Die offensiven Alternativ-Ideen fehlen aber noch.

Dieser „wildgewordene Kapitalismus" hat in der heutigen Krise schon Millionen in die Armut gestürzt. Viele Linke hoffen, dass in Ländern wie Griechenland oder Spanien aus dieser Notlage heraus Alternativen entstehen. Sie haben sich mit früheren politischen Experimenten befasst, waren nach der Revolution auf Kuba, haben China unter Mao besucht – und sind stets desillusioniert zurückgekehrt. Kann in einem einzelnen Land überhaupt ein Gegenmodell entwickelt werden?

Das ist seit den 1920ern die große Frage: Ist der Sozialismus in einem Land möglich? Das Resultat war nicht überzeugend. Maos China war grauenhaft, hat Millionen das Leben gekostet. Das sozialistische Experiment hat, soweit ich weiß, noch nirgends funktioniert. Was die Krisenländer heute betrifft, sehe ich auch keinen Grund zur Begeisterung. Die Spanier sind nach Kräften gegen Missstände aufgetreten. Eine Lösung haben sie aber so wenig gefunden wie Occupy-Bewegung oder die arabischen Aktivisten. Es macht mich traurig, dass diese heroischen Bemühungen kaum Erfolg hatten.

Die kommunistischen Regime waren damals am Ende. Die Volksbewegung war der letzte Anstoß, der sie wie Kartenhäuser zum Einsturz gebracht hat. Der Kapitalismus ist kein Kartenhaus.

In Spanien waren Millionen über Monate hinweg auf den Straßen, ohne viel zu erreichen. Sie haben in der Tschechoslowakei den Sieg einer Volksbewegung erlebt. Was kann eine solche Bewegung bewirken und was nicht?

Die kommunistischen Regime waren damals am Ende. Die Volksbewegung war der letzte Anstoß, der sie wie Kartenhäuser zum Einsturz gebracht hat. Der Kapitalismus ist kein Kartenhaus. Die entscheidenden Leute werden nicht einfach so zurücktreten. Seine Wildwüchse einzubremsen, wie es Attac und andere versuchen, halte ich aber für möglich, sofern es genug öffentliche Unterstützung gibt. Bis jetzt ist das aber nicht mehr als eine Hoffnung.

Ist es dabei nicht ein Problem, dass soziale Bewegungen vor allem von BildungsbürgerInnen getragen werden? Die sind zwar lautstark und gut organisiert, aber keine Mehrheit in der Bevölkerung.

Neue Ideen werden immer von Minderheiten getragen, bevor sie sich durchsetzen. Das ist ja nichts Schlechtes. Mir ist nur wichtig, dass dabei nicht auf jene vergessen wird, die nicht so lautstark sind. Für eine voranstürmende Minderheit ist es wichtig, darauf zu achten, ob ihr auch jemand folgt.

> **Die Arbeiterklasse Europas besteht heute aus Zuwanderern – aber ich weiß nicht, ob die Gewerkschaft das schon verstanden hat. Deshalb halte ich das Thema Integration für so wichtig.**

Erfolgreiche Bündnisse zwischen „ArbeiterInnen und Intellektuellen" haben Sie bei der Wende in Polen und der Tschechoslowakei erlebt. Heute leiden fast alle Bevölkerungsgruppen unter der Krisenpolitik der Regierungen: Die Armut steigt, das europäische Sozialmodell wird angegriffen. Zu breiten gesellschaftlichen Bündnissen kommt es bislang trotzdem nicht. Welche Seite hat dabei das größere Defizit: die ArbeiterInnen oder die Intellektuellen?

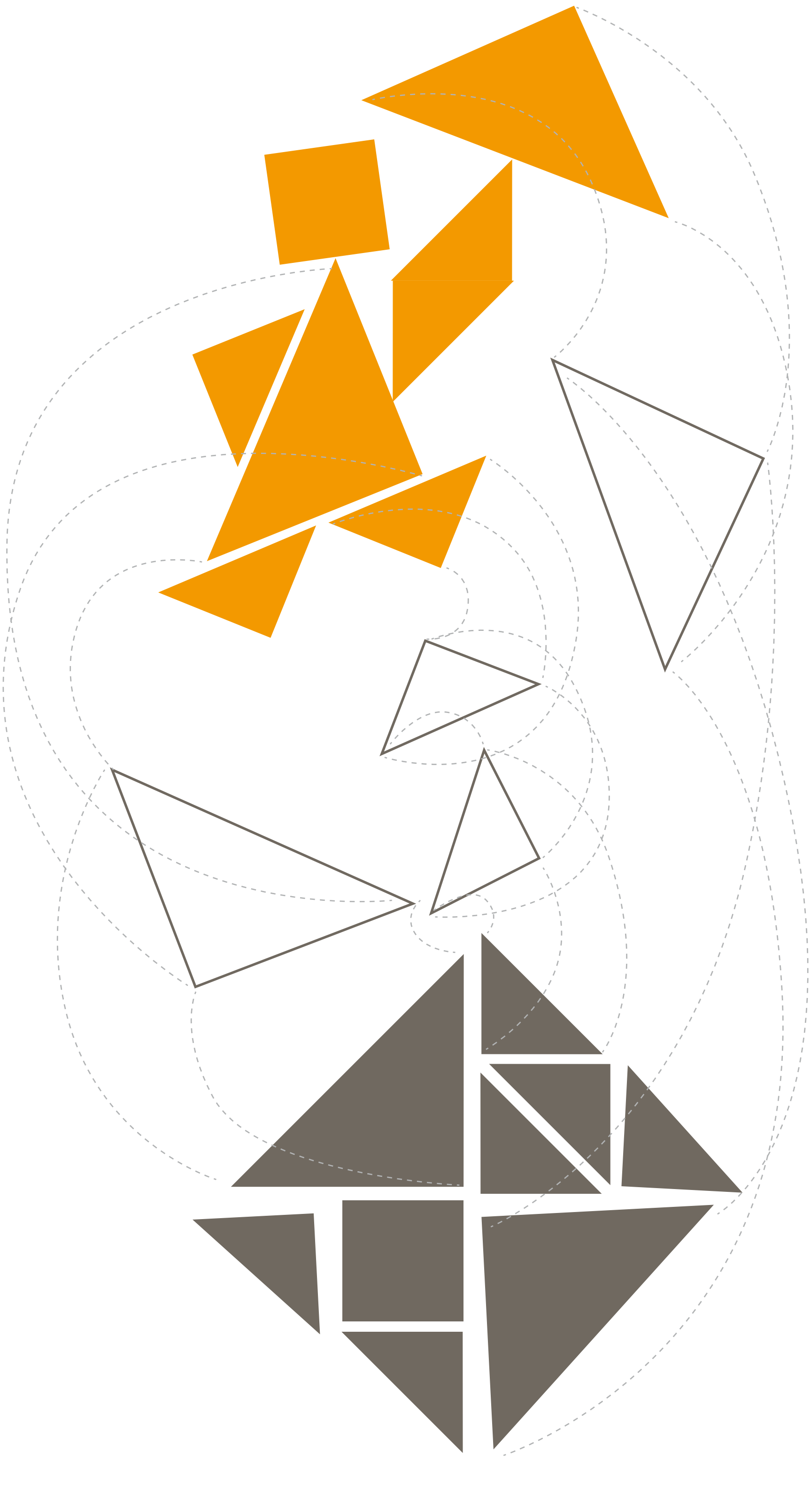
Dieses Bündnis haben sich Revolutionäre immer gewünscht, aber gelungen ist es selten. Was ich in Prag erlebt habe, war eine Sternstunde der Geschichte. Plötzlich sind die Arbeiter eines Traditionsbetriebs am Wenzelsplatz aufgetaucht und haben sich mit den demonstrierenden Studenten solidarisch erklärt. Eine solche organisierte und politisch bewusste Arbeiterschaft gibt es kaum noch. Die Arbeiterklasse Europas besteht heute aus Zuwanderern – aber ich weiß nicht, ob die Gewerkschaft das schon verstanden hat. Auf der erwähnten Betriebsrätekonferenz waren viele engagierte Gewerkschafter, aber kein einziger war Migrant. Deshalb halte ich das Thema Integration für so wichtig.

Sie waren Zeugin des Endes der Spaltung Europas in Ost und West. Heute sehen wir eine neue Spaltung in Nord und Süd. Hier im Norden wird uns erzählt, wir müssten für die faulen Menschen im Süden bezahlen. Im Süden werden die Menschen verarmt und betrachten das als deutsches Diktat. Halten Sie es für möglich, dass der Nationalismus Europa wieder sprengt?

Eine Wirtschaftskrise gefährdet immer den Zusammenhalt, das wissen wir seit den 1930ern. Die Menschen sind heute durch die Krise, aber auch durch die Migration verunsichert und sehnen sich nach festen Werten, an denen sie sich festhalten können. Das gibt den nationalen Identitäten Auftrieb. Wer die Wirtschaftskrise löst, tut auch was für den Erhalt des Friedens in Europa… vielleicht ist das ja Attac.



Barbara Coudenhove-Kalergi wurde 1932 in Prag in eine alte Adelsfamilie geboren. Als Angehörige der deutschsprachigen Minderheit wurde ihre Familie 1945 aus der Tschechoslowakei vertrieben und migrierte nach Österreich. Coudenhove-Kalergi schrieb als Journalistin u. a. für Presse, Kurier und Arbeiter-Zeitung. Später berichtete sie für den ORF aus Osteuropa, etwa von der Gründung der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc, vom Fall der Berliner Mauer oder von der Samtenen Revolution in Prag. Ihre Biographie „Zuhause ist überall" ist bei Zsolnay erschienen.



Rückblicke

Aktionstag „Geld für Menschen statt für Banken!“

Anlässlich des EU-Frühjahrsgipfels im März 2013 fanden in ganz Europa Aktionen, Streiks und Demonstrationen statt. In Spanien, Griechenland und Portugal gingen die Menschen zu tausenden gegen die untragbare Kürzungspolitik auf die Straße. Attac beteiligte sich mit kreativen Aktionen in ganz Österreich. So zeigten wir unsere Solidarität gegen die Politik der Spardiktate und machten deutlich: Wir lassen nicht zu, dass die Krise weiter auf den Rücken von abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen, PensionistInnen, Prekären, Studierenden, Flüchtlingen und vielen anderen ausgetragen wird, weder hier noch anderswo!

Neben einer Aktion am Stephansplatz in Wien fanden in vielen österreichischen Städten kleinere und größere kreative Proteste statt, um im öffentlichen Raum auf die katastrophalen Folgen der EU-Krisenpolitik hinzuweisen.
Während hunderte Milliarden in den Bankensektor fließen, werden gleichzeitig in ganz Europa Löhne, Pensionen sowie Gesundheits- und Sozialleistungen gekürzt. Wir fordern einen Rettungsschirm für Menschen statt für Banken – für ein soziales, demokratisches und ökologisches Europa! ||





Linz



Vöcklabruck



Graz





Wien

Hunger.Macht.Profite
Filmtage zum Recht auf Nahrung

von Karin Okonkwo-Klampfer

Im November 2013 fanden zum **6. Mal die Filmtage Hunger.Macht.Profite** statt, unter tatkräftiger Mitarbeit von AgrarAttac und einigen Attac-Regionalgruppen. **Bei 27 Vorstellungen in sechs Bundesländern erreichten die Filmtage einen neuen BesucherInnenrekord!** Kein Wunder – die gezeigten Filme waren brandaktuell und von hoher Qualität.

In der Dokumentation „The Food Speculator" etwa versucht sich ein niederländischer Journalist als Spekulant an der Börse und verwettet sein Geld auf Schweinebäuche, Reis und Weizen. Er macht sich auf die Suche nach dem Getreide, in das er investiert hat, und stellt fest: Seine Investment-Produkte haben gar nichts mehr mit realem Weizen zu tun. Am anderen Ende der Kette stehen zum Beispiel BäuerInnen in Deutschland, die trotz Mitgliedschaft in einer bäuerlichen Genossenschaft keine Kontrolle über Verwendung und Preis ihrer Produkte haben. Die Genossenschaften sind groß und intransparent, die bäuerlichen Interessensvertreter stark mit der verarbeitenden Industrie verflochten – der Vergleich mit Österreich lag sehr nahe.



Diskussion „Community Supported Agriculture" im Rechbauer Kino in Graz
Foto von Brigitte Reisenberger

Viele Filme stellten auch positive Ansätze dar, etwa Solidarische Landwirtschaft, Futtermitteleinkaufsgemeinschaften und den Widerstand argentinischer KleinbäuerInnen gegen Landvertreibung. Die lebhaften und oft auch kontroversen Diskussionen nach den Filmvorführungen zeigten, dass der Widerstandsgeist der ProtagonistInnen auf viele BesucherInnen übergesprungen ist! ||

Die neoliberale und autoritäre Bewältigung der Eurokrise war auch 2013 deutlich zu spüren. Straßenprotest gegen diese Politik ist in jenen Ländern, die scheinbar zu den Krisengewinnern zählen (wie Deutschland und Österreich), kaum zu sehen. Um Widerstand dorthin zu bringen, wo die Krisenpolitik gemacht wird, ruft das Bündnis „Blockupy" seit zwei Jahren zu Großdemonstrationen und zur Blockade der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt auf. Die EZB ist zentrale Akteurin und Symbol der europäischen Krisenpolitik. Die Blockupy-Proteste sind aber nicht nur auf die aktuelle Krisenpolitik begrenzt, sondern thematisieren auch die breiteren Widersprüche und Krisen des alltäglichen Kapitalismus.
2013 konnte sich Attac Österreich erfolgreich in die Mobilisierung einbringen. Gemeinsam mit tausenden anderen nahmen wir an kreativen Aktionen gegen Landgrabbing und Nahrungsmittelspekulation, menschenverachtende Abschiebepolitik, Ausbeutung in Textilindustrie und Handel sowie zur Krise der Reproduktions- und Care-Arbeit teil.

Blockupy Frankfurt
Widerstand im Herzen ... des europäischen Krisenregimes

von Julianna Fehlinger

Blockupy 2013 wurde (wie schon 2012) zum Ziel massiver staatlicher Repression und Polizeigewalt. Rund 20.000 Menschen – darunter rund 100 aus Österreich – protestierten friedlich und lautstark. Das konnte die Polizeiführung nicht zulassen: Einheiten mit Wasserwerfern und Räumpanzern stoppten die genehmigte Demonstration und setzten stundenlang Pfefferspray und Schlagstöcke ein. So wurde die Gewalt der Troika-Politik auf alle Ebenen ausgeweitet und demokratisches Grundrecht außer Kraft gesetzt. ||





Austerity kills

Europa neu begründen!

Madeleine Drescher

Im Zuge unseres Kampagnenschwerpunktes „Europa neu begründen“ haben wir im vergangenen Jahr eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen organisiert – sowohl auf österreichischer Ebene wie auch im Bereich der europäischen Vernetzung.

Wir als InitiatorInnen der Kampagne haben außerdem maßgeblich dazu beigetragen, die internationale Initiative „Europa geht Anders“ zu etablieren.

Ein besonderer Höhepunkt der Kampagne war zum Beispiel der Protest gegen das Treffen der europäischen Volksparteien in Wien am 20. Juni 2013, bei dem sich die Hauptverantwortlichen für die katastrophale EU-Krisenpolitik in Wien versammelten. Unter ihnen Angela Merkel, Jean-Claude Juncker, Viktor Orbán, Antonis Samaras und Mariano Rajoy. Außerdem waren die Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission – Herman van Rompuy und José Manuel Barroso – anwesend.

In diesem Zusammenhang gab es in Wien eine Aktion unter dem Titel „Austerity kills! – Sparpolitik tötet!“ mit der Forderung eines sofortigen Stopps der Kürzungsmaßnahmen und Rücknahme der Sparpolitik und Privatisierungen in allen betroffenen Ländern.

Organisiert wurde die Aktion gemeinsam mit Juventud sin Futuro Wien, der SJ, Transform! Europe und Solidarity4All Wien.

unser europa neu begründen







Fotos: Manuel Zauner

Am 17. April, dem Tag des kleinbäuerlichen Widerstandes, erschien eine neue internationale Studie* zu Landkonzentration in Europa. Sie zeigt deutlich: Land Grabbing und Landkonzentration sind nicht nur ein Problem des globalen Südens, sondern schreiten auch in Europa voran.

Landkonzentration, Land Grabbing und Widerstand in Europa

von Julianna Fehlinger und Franziskus Forster

Die Konzentration von Landbesitz hat sich in den letzten Jahrzehnten vor allem in Osteuropa extrem beschleunigt und erreicht dort Dimensionen wie in Brasilien, Kolumbien oder den Philippinen – alle bekannt für ungleiche Verteilung von Land. Zugleich hat Land Grabbing in den letzten Jahren die Situation weiter verschärft. Die Studie befasst auch sich mit der enormen Landkonzentration in Spanien, Frankreich, Deutschland, Italien und Österreich und behandelt Fallbeispiele in Rumänien, Ungarn, der Ukraine, Bulgarien und Serbien.

Drei Prozent der Grundbesitzer kontrollieren die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen in Europa. Diese „Landeliten“ werden im Rahmen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) aktiv durch öffentliche Gelder gefördert, während kleinbäuerliche Betriebe immer weniger Förderungen erhalten und zunehmend verdrängt werden.

In der Ukraine kontrollieren die zehn größten Agrarholdings ungefähr 2,8 Millionen Hektar, in Serbien die vier größten Landbesitzer zusammen mehr als 100.000 Hektar. In Rumänien sollen bereits sechs Prozent des Agrarlands in den Händen von transnationalen Konzernen sein. In Rumänien, Serbien und Ungarn sind auch österreichische InvestorInnen aktiv, die sich im großen Stil Land angeeignet haben.

Widerstand in Europa wächst

Der Bericht zeigt jedoch auch, dass der Widerstand in Europa wächst. In Narbolia (Sardinien) kämpfen die Menschen gegen die Umwandlung von Agrarland in riesige Solar-Gewächshaus-Projekte; in Nantes (Frankreich) gegen das Flughafen-Projekt „Notre-Dame-des-Landes“. Wie bei vielen sozialen Bewegungen im globalen Süden kommt es auch in Europa immer öfter zu Landbesetzungen.

In Andalusien besetzen landlose LandarbeiterInnen Agrarflächen und bewirtschaften sie agrarökologisch. In Wien hat die Initiative „Solidarisch Landwirtschaften!“ 2012 in Jedlersdorf Agrarflächen der Universität für Bodenkultur besetzt, um sie für den Aufbau einer Solidarischen Landwirtschaft (CSA) zu nutzen und die Umwandlung für kommerzielle Zwecke zu verhindern.

Zugang zu Land ist eine Grundvoraussetzung, um Ernährungssouveränität in Europa zu erreichen. Die aktuelle EU-Agrarpolitik erschwert diesen Zugang, indem sie Landkonzentration fördert und verschärft. Dies ist vor allem für junge NeueinsteigerInnen eine große Hürde. Wir alle sind von der Ressource Land abhängig. Land muss daher als öffentliches Gut betrachtet werden. Zugang zu Land sollten jene erhalten, die es bearbeiten. Kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft muss Vorrang gegenüber konzentrierter, kommerzialisierter und industrialisierter Landwirtschaft bekommen, die nur den Profitinteressen einiger weniger dient. ||

* Die Studie wurde koordiniert vom Netzwerk „Hands off the Land“ und der europäischen Koordination Via Campesina und ist nachzulesen unter: *fian.at/assets/Uploads/Land-in-Europe.pdf*





Fotos: Cilli Supper

Attac, Greenpeace, Südwind und GLOBAL 2000 veranstalteten im Mai 2013 zum fünften Mal die AktionsAkademie – diesmal im WUK in Wien.

AktionsAkademie rockt das WUK

von Anne Erwand und Georg Zenta

Seit fünf Jahren gibt es die AktionsAkademie bereits, und doch blieb auch dieses Mal alles anders. Das machte sich schon bei der Ortswahl bemerkbar: das Wiener WUK (Werkstätten- und Kulturhaus) war freundlicher Gastgeber der AktionsAkademie 2013. Damit wagten wir uns erstmals aus der gewohnten ländlichen Idylle ins Zentrum einer Millionenstadt – und erlebten dort viel Positives! Der efeubewachsene Innenhof des WUK wurde für fünf Tage zum bunten Zeltplatz, zu Ess- und Wohnzimmer, zu Küche und Arbeitsraum umfunktioniert. Zahlreiche im WUK angesiedelte Initiativen stellten ihre Räumlichkeiten zur Verfügung und ermöglichten uns so neun Seminare und 26 Workshops rund um zivilgesellschaftlichen Aktionismus abhalten zu können. Mit im Angebot waren diesmal Workshops wie „Social Impact“, „Aktionsfotografie“, „Pressearbeit“, „Clownerie“, „Theater der Unterdrückten“, „Aktions-Schnupper-Klettern“, „Transnationale Kampagnen“, „Aktiv sein im Internet“, „Guerilla Gardening“, „Soziokratie“, „Transformation Leadership“, „SambAttac“ und viele mehr.

Denken, Experimentieren, Vernetzen und Feiern

Wer die AktionsAkademie schon kennt, weiß, dass sie viel mehr ist als ein Ausbildungsprogramm für AktivistInnen – schließlich geht es auch um das gemeinsame kreative Denken, Experimentieren, Vernetzen und Feiern. So hatte beim beliebten „Open Space“ jede/r die Möglichkeit spontan einen eigenen Workshop anzubieten. Eine Zukunftsbibliothek wurde eingerichtet und es gab viele Möglichkeiten zur nachhaltigen Vernetzung der TeilnehmerInnen.

Im Rahmen einer Abendveranstaltung diskutierten Martin Balluch (VGT), Uwe Sailer (Ute-Bock-Preisträger und Polizist) und Eva Vesovnik (BOKU, Versuchsgarten Jedlersdorf) zum Thema „ALLES WAS RECHT IST!? – Aktivistische Bewegungen und staatliche Repressionen“. Für leibliches und seelisches Wohlbefinden sorgten Morgensport (Yoga, Pilates und QiGong) und natürlich das vorzügliche bio-regionale Essen unserer Vokü (Volksküche). An der Bar erfreute sich das eigens gebraute AktionsAkademie-Bier großer Beliebtheit. Am Samstagnachmittag zogen wir dann mit „Gehzeugen“ durch die Straßen Wiens um gegen ein Autobahnprojekt in der Lobau zu protestieren. Den letzten Abend der AktionsAkademie 2013 feierten wir mit der kräftigen musikalischen Unterstützung der Bands „Zaubernuss“, „Kristianix, Lenz&Friendz“, „Naked Orchids“ und „Zivatar Utca“.

Neugierig geworden? Die nächste AktionsAkademie findet von 28. Mai bis 1. Juni 2014 in Steyr (OÖ) statt. Infos und Anmeldung: *www.attac.at/aktionsakademie* ||

p.s.: Die AktionsAkademie wird erstmals international: 2014 sind auch Attac Deutschland und Amnesty International mit dabei!







Europäisches Attac-Netzwerktreffen: Demokratisierung der Europäischen Zentralbank

von Elisabeth Klatzer

Um die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) zu bewerten und Alternativen zu entwickeln, fand im Dezember 2013 in Wien ein Treffen des europäischen Attac-Netzwerkes statt.

Obwohl die EZB Mitte 2012 – viel zu spät – mit der Ankündigung, notfalls Staatsanleihen zu kaufen, „die Märkte beruhigt" hat, läuft bei der EZB vieles falsch: Statt dem wirtschaftspolitisch unsinnigen alleinigen Fokus auf Preisstabilität sollte die EZB auch Vollbeschäftigung anstreben und in Krisensituationen die Finanzierung öffentlicher Haushalte sicherstellen, indem sie Staatsanleihen am Primärmarkt kauft beziehungsweise garantiert. So kann sie verhindern, dass Finanzinstitutionen enorme Gewinne aus der Spekulation gegen Staaten erzielen und so die Stabilität ganzer Länder gefährden.

Die EZB hat mehr als eine Trillion (!) Euro bedingungslos an Banken gegeben, während Staaten unter den Rettungsschirmen radikale Kürzungen öffentlicher Ausgaben umzusetzen haben. EZB-Gelder für Geschäftsbanken sollten nur bei Erfüllung strikter Bedingungen fließen (wie etwa eine radikale Verkleinerung von Banken und keine Geschäfte in Steueroasen).

Es braucht eine grundlegende Demokratisierung der Geldpolitik und der EZB, unter anderem demokratische Kontrolle und Entscheidung über Regeln und Prozesse der Geldpolitik, eine demokratische Wahl der/des EZB-PräsidentIn anstatt Kuhhandel unter RegierungschefInnen, Repräsentanz der Interessen von NGOs und Gewerkschaften in Entscheidungsgremien und eine unabhängige Kontrolle der EZB.

Es bleibt viel zu tun! Wir werden der EZB verstärkt auf die Finger schauen. ||

„Wer das Gold hat, macht die Regeln!"

von Alexandra Strickner

Unter diesem Motto fand im November 2013 die 3. Reichtumskonferenz statt – organisiert von Attac, der Armutskonferenz, AK, BEIGEWUM und weiteren KooperationspartnerInnen. Rund zehn Jahre nach der 2. Reichtumskonferenz war der Zulauf zu dieser Veranstaltung sogar für uns OrganisatorInnen überwältigend: Über 300 Personen nahmen teil.

Die zunehmende ungleiche Verteilung von Vermögen – und damit auch von Macht und Einfluss – wird von immer mehr Menschen als großes Problem wahrgenommen. Seit 2013 gibt es erstmals eine fundierte Datenbasis zur Vermögensverteilung: Im Auftrag der Europäischen Zentralbank wurden in 15 Euro-Ländern (darunter auch Österreich) umfassende Erhebungen der Vermögen privater Haushalte auf der Basis von Befragungen vorgenommen.

Die Österreichische Nationalbank führte diese Erhebung in Österreich durch. Das Ergebnis: Private Vermögen in Österreich sind extrem ungleich verteilt. Rund 5 % der Menschen in Österreich besitzen nahezu die Hälfte des Finanz- und Immobilienvermögens.

Auf der Basis dieser Sachlage wurden bei der Reichtumskonferenz die Legitimation von Reichtum und die Auswirkungen der enormen Konzentration von Vermögen und Macht auf die Demokratie diskutiert, ebenso wie die Frage, warum angesichts dieser Zahlen die Einführung oder Erhöhung von Vermögens- und Erbschaftssteuern für die 10 % vermögendsten Personen in Österreich und anderen EU-Ländern weiterhin so schwierig ist. ||

Das Buch zur 3. Reichtumskonferenz soll 2014 erscheinen.
Die Online-Dokumentation zur Konferenz finden Sie in unserem Archiv: *www.attac.at/events/archiv*

Der Weg zu einem gesellschaftlich kontrollierten Finanz- und Bankensystem führte die Attac SommerAkademie (SoAk) im Juli 2013 nach Eisenstadt. Eine „heiße“ SoAk in vielerlei Hinsicht!

Reset Finance – Die SommerAkademie 2013

von Pia Cencig und Astrid Schaffer, SoAk-Team 2013

Im vergangenen Jahr hat die Attac Sommerakademie erstmals im Burgenland stattgefunden. Hut ab vor der Regionalgruppe Burgenland, die sich erst kurz zuvor gegründet hatte und gemeinsam mit dem Wiener SoAk-Team die größte Attac-Veranstaltung des Jahres super organisierte!

Ziel der SoAk war es strukturelle Zusammenhänge des Wirtschaftslebens und der Politik zu entwirren und ein ganzheitliches Verstehen zu vermitteln. „Reset Finance!“ war das Motto: Der Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit wurde auf die Problematiken des aktuellen Banken- und Finanzsystems gelegt. Fragen wie: „Gefährdet die Macht der Banken unsere Demokratie?“ oder „ Wie hängen Banken und die Eurokrise zusammen?“ standen im Mittelpunkt. Nationale und internationale Vortragende bereicherten die SoAk mit ihrem Wissen und ihrer Energie. Stets wurde versucht konkrete Ansatzpunkte für Veränderungen herauszuarbeiten, so auch beim Spezialpodium, das zivilgesellschaftliche Kampagnen und Mobilisierungen ins Zentrum rückte. So entstand ein fruchtbares Zusammenwirken von Wissenschaft und Aktivismus.

Diskutieren, netzwerken, kreativ sein und … feiern!

Wie immer bestand die SoAk nicht nur aus Vorträgen, Workshops und Seminaren zu politisch und gesellschaftlich herausfordernden Themen. Unter dem Motto:

















Dieses Foto: Manuel Zauner, alle anderen: Max Heritschkar

Freude, Leichtigkeit, Kreativität und Professionalität wurde die SoAk zu einem einzigen großen Fest, einem Come-together von Menschen, die die Welt humaner gestalten möchten. So hatten auch kreative Workshops wie Samba-Trommeln mit SambAttac, Jodeln, Tanzen und Malen ihren Platz, und die Abende waren ganz dem Feiern, Plaudern und Netzwerken gewidmet.

Besonders eindrucksvoll war das große „Begegnungsfest" inklusive traditionellem Attac-Umzug durch den Ort. Dabei trafen SambAttac und die Tamburizza Zillingtal in der Fußgängerzone von Eisenstadt aufeinander. Ungeachtet der sommerlich heißen Temperaturen wurde bei diesen mitreißenden Rhythmen spontan ausgelassen getanzt. Viele Mitglieder der Tamburizza Zillingtal haben uns auch zum Konzert von „Bruji" im Festsaal der Schule begleitet und bis in die Morgenstunden mitgefeiert. Besuch hatten wir auch von DJ Max Mustermann und der genialen Band „Chilifish", die uns zum befreiten begeisterten Tanzen und den Turnsaalboden zum Beben brachte.

Mittags und abends wurden wir von der Pannonischen Tafel, einem lokalen Sozialprojekt, das Menschen in finanzieller Notlage unterstützt, vegan und vegetarisch bekocht. Gegen den kleinen Lagerkoller zwischendurch fanden Stadtführungen und eine Exkursion zum Bio-Bauernhof Klampfer statt.

Zur beliebten Chill-out Zone hat sich der Attac-Recycling-Stand im Hof des BORG entwickelt – der Hotspot für das SoAk-Team.

Wie immer haben alle TeilnehmerInnen dafür gesorgt, dass der Veranstaltungsort ordentlich und sauber bleibt. Danke! Die SommerAkademie ist nur durch das gemeinsame Zutun aller möglich. So sind auch 2014 wieder alle herzlich zu einem aktiven Mitmachen bei der Attac-SommerAkademie eingeladen – von 16. bis 20. Juli im schönen Tirol!

Wir freuen uns auf euch!

Attac im WUK – Europa in Bewegung!

von Lisa Mittendrein

Veranstaltungen zur Eurokrise, Diskussionen zu Protest und Widerstand, Filme über Wirtschaftspolitik und spannende Debatten mit und rund um Attac gibt es seit Anfang 2013 auch im Wiener WUK.

Das WUK ist eine Wiener Institution: Europas größtes unabhängiges Kulturzentrum und ein Ort, an dem Kunst, Musik, Tanz und Politik aufeinandertreffen. Mit der Kooperation WUK-Attac haben wir begonnen, den politischen Diskurs rund um die Krise und die Alternativen für ein anderes Europa noch stärker im Zentrum der Stadt zu verankern.

Für inhaltliche Veranstaltungen zu Krise und Demokratie, zum österreichischen Bankgeheimnis und zu den Perspektiven europäischen Protests haben wir spannende DiskutantInnen in die schönen Räumlichkeiten geholt. Eine Ausstellung zu Steueroasen im „Statt Beisl“ des WUK hat unsere Themen dauerhaft verankert. Und die zweimonatliche Filmreihe im kinoähnlichen Foyer hat unsere kühnsten Erwartungen übertroffen: An fünf Abenden haben wir mit insgesamt fast 500 ZuschauerInnen Popcorn geknabbert, internationale Dokumentarfilme auf der Leinwand betrachtet und anschließend mit Attac-AktivistInnen und ExpertInnen die politischen Perspektiven diskutiert.

Und weil's so schön war, machen wir's gleich nochmal: Auch 2014 bringen wir gemeinsam Kritik und Analyse, Unterhaltung und Diskussion in die wunderschönen Räume des Wiener WUK. ||

10 Jahre radio%attac!

Seit 2003 produziert radio%attac wöchentliche Radiosendungen im freien Radio. Was an Hirnschmalz, Zeit und Energie im Laufe eines Jahrzehnts in dieses Projekt geflossen ist, lässt sich nicht mit ein paar Worten ausreichend würdigen. Also lassen wir an dieser Stelle einmal nackte Zahlen für sich sprechen:

10 Jahre radio%attac
– das bedeutet:

- 680 Sendungen
- 14.843 Downloads
- 690.785 Views (= ca. 1.016 Views pro Sendung; Quelle: CBA)

Nachzuhören unter:
www.radioattac.at

Ein riesiges Dankeschön an Gerhard Gutschi, der radio%attac ins Leben rief, und alle, die in den vergangenen zehn Jahren unzählige Beiträge gestaltet und die Menschen mit Informationen abseits von Mainstream und gleichgeschalteten Massenmedien versorgt haben! ||

Auf folgenden Sendern ist radio%attac zu hören:

- **Radio AGORA Klagenfurt:** 105.5, Mi., 19.00 – 19.30
- **Radio Orange:** 94.0, Kabel: 92.7, Mo., 20.00 – 20.30
- **radioFRO, Linz:** 105.0, Di., 19.00 – 20.00
- **FreiesRadio Salzkammergut:** Ischl, Goisern 100.2, Ausseerland 104.2, Obertraun, Hallstatt 105.9, Ebensee 106.0, Gmunden, Vöcklabruck 107.3, Gosautal, Rußbach 107.5; Di., 10.00 Uhr und 2./4. Do. im Monat, 19.00 – 19.30
- **Radiofabrik Salzburg**: 107.5, Mo., 18.00 – 18.30
- **FREIRAD Innsbruck:** 105.9, Do., 11.06 – 11.36
- **Radio Helsinki Graz:** 92.6, Do., 17.00 – 17.30
- **Radio Proton:** Bludenz 104.6, Feldkirch Kabel 89.3, Unterland 95.9, Bregenz Kabel 104.7; Di., 21.30 – 22.00
- **Polyradio,** Mittelwelle 1475, österreichweit
- **LORA, freies Radio Zürich:** 97,5; Fr., 12.00 – 13.00
- **Radio Unerhört, Marburg / Deutschland**
- **Radio Corax, Halle / Deutschland**
- **coloradio Dresden / Deutschland**

Arbeit entlasten. Vermögen gerecht beteiligen. Steuersystem ökologisieren. In die Zukunft investieren. Budgets demokratisieren. Unter diesen Motti hat die Allianz Wege aus der Krise gemeinsam mit weiteren KooperationspartnerInnen (Gewerkschaft Bau Holz, AG Globale Verantwortung, Neunerhaus und Plattform 20.000 Frauen) im Oktober das vierte Zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget (kurz ZGB) vorgestellt.

Wir demokratisieren das Budget

von Alexandra Strickner

Die Präsentation stand dieses Mal ganz im Zeichen der Koalitionsverhandlungen, denn das ZGB ist ein umfassender Vorschlag für eine einnahmen- und ausgabenseitige Reform des österreichischen Budgets.

Zu den bereits bestehenden Vorschlägen einer Besteuerung großer Vermögen, der Reduktion von Steuerprivilegien für Konzerne, einer Reform von Ökosteuern sowie umfassender Ausgaben für den Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln, Kinderbetreuung, Ganztagsschulen und Unis, Pflegesachleistungen oder der Förderung der Energiewende kam ein großes neues Kapitel dazu: Leistbares Wohnen für alle. Darin schlagen wir vor unter anderem vor, dass die Wohnbauförderung wieder zweckzuwidmen ist, um damit leistbare Mietwohnungen zu bauen.

Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2014: Umfangreicher denn je

Auch eine Reform des Mietrechtes ist notwendig, ebenso wie Maßnahmen, die das Bauen von Wohnungen billiger macht – sei es durch die Reform von Bauvorgaben, die mitunter nicht immer notwendig sind oder auch durch das Bauen kleinerer und damit auch leistbarer Wohnungen.

Im ZGB 2014 wurde auch das Kapitel „Arbeit entlasten" gründlich überarbeitet. Es braucht dringender denn je Maßnahmen für eine steuerliche Entlastung der BezieherInnen unterer und mittlerer Einkommen.

Gemeinsam mit GenderbudgetexpertInnen haben wir das gesamte Budget durchleuchtet – denn: ein Budget ist immer auch Frauenpolitik. Je nachdem, ob auf der Ausgabenseite mehr oder weniger für Kinderbetreuung, höhere Löhne in klassischen Frauenberufen oder den Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln ausgegeben wird, ist ein Budget mehr oder weniger gendergerecht. In Österreich gibt es noch einige Lücken auf dem Weg zu einem gendergerechten Budget.

Budgetheuriger – ein voller Erfolg!

2013 haben wir das ZGB erstmals auch im Rahmen eines Budgetheurigen präsentiert, um unser Budget nicht mittels einer klassischen Podiumsdiskussion vorzustellen, sondern direkt an den Heurigentischen zu diskutieren. ExpertInnen und Prominente wie Freda Meissner-Blau, Ulrich Brand oder Manfred Nowak kommentierten unsere Vorschläge mit viel Lob und mit Verbesserungsvorschlägen, bevor über 120 Personen sich an den Tischen intensiv mit AllianzpartnerInnen über unsere Vorschläge austauschten. Der Abend war ein voller Erfolg!

Der erste Blick in das Koalitionsabkommen zeigt, dass mehrere unsere Vorschläge Eingang in das Regierungsprogramm gefunden haben. So soll die Gruppenbesteuerung (also die Möglichkeit von Konzernen ihre in Österreich erwirtschafteten Gewinne mit Verlusten ausländischer Töchter gegenzurechnen) eingeschränkt werden und auch einige PKW-bezogene Steuern entlang ökologischer Kriterien reformiert werden.



Pressekonferenz Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2014

Mit knapp 1000 Medientreffern alleine in Print- und Onlinemedien haben wir auch 2013 die Medienpräsenz der letzen Jahre auf hohem Niveau stabilisiert.

Attac in den Medien 2013

von David Walch

Das Medienjahr 2013 brachte gleich mehrere Highlights. So richtig rund ging es zum ersten Mal im April mit dem Thema Bankgeheimnis. Anlass war „Offshore Leaks". Mit einer aufgeblasenen Steueroase postierten wir uns am 9. April vor dem Bundeskanzleramt. Die Fotos gingen durch nationale und internationale Print- und Fernsehmedien. Attac-Interviews und TV-Auftritte bei Arte, Servus TV und PULS 4, Ö1 bis hin zum ORF Im Zentrum folgten.

Großes mediales Aufsehen erregten auch die Attac-Recherchen zu den europäischen „Rettungsprogrammen" in Griechenland und Irland (siehe Seite 10 bis 12). Im Juni schaffte es die Griechenland-Recherche mit großen Berichten (darunter eine ausführliche Profil-Geschichte) in alle wichtigen Medien des Landes. Aber auch große internationale Medien wie die Süddeutsche Zeitung, das ZDF oder Arte sprangen auf. Über die sozialen Netzwerke verbreitete sich der Bericht über ganz Europa. Auch die Recherche zu Irland ging im Dezember durch die großen Medien – darunter auch ein ausführlicher ZIB 24 Bericht. Den großen internationalen Erfolg konnten wir nicht ganz wiederholen, aber mediale Erfolge in diesem Ausmaß lassen sich auch nur bis zu einem gewissen Grad planen und vorbereiten.

Wie schon 2011 beteiligten wir uns auch im November 2013 mit großem Erfolg an der internationalen Medienarbeit zum „Schattenfinanzindex" des Tax Justice Networks (Informationen hierzu auf Seite 14 bis 16). Medial präsent waren wir auch zum Thema Wasserprivatisierung („EU-Konzessionsrichtline") und mit dem zivilgesellschaftlichen Budget (großer Bericht auf ORF.at). Weiterhin beliebt sind zudem Attac-Gastkommentare – gleich siebenmal als „Kommentar der Anderen" im Standard, aber auch in der Wiener Zeitung.

Durch die Einstellung des ORF Club 2 im Dezember 2012 ist aber speziell im öffentlich rechtlichen Fernsehen eine wichtige Plattform für Attac-Fernsehauftritte verlorengegangen. ORF „Im Zentrum" ist in der Regel stärker von parteipolitischer Besetzung geprägt. Dennoch gab es erfreulicherweise auch 2013 wieder zahlreiche Einladungen zu TV-Diskussionen.

- 30.1. ATV Am Punkt: Thema Wasserprivatisierung mit Lisa Mittendrein
- 20.2. ORF ZIB 2: Streitgespräch Vermögenssteuer mit Christian Felber vs. Franz Schellhorn
- 20.3. ATV Am Punkt: Thema EU / Zypern-Rettung mit Christian Felber
- 8.4. ORF Kulturmontag: Thema Europa: Studiogast Lisa Mittendrein
- 11.4. Servus TV: Talk im Hangar 7: Thema Steuerbetrug mit Silke Ötsch
- 14.4. ORF Im Zentrum: Thema: Bankgeheimnis mit Karin Küblböck
- 21.6. PULS 4 Guten Abend Österreich: Griechenland-„Rettung" Studiogast Lisa Mittendrein
- 13.11. ATV Am Punkt: Thema: Riesenloch in der Staatskassa? Mit Alexandra Strickner

Medial weiterhin ein schwieriges Feld ist eine progressive EU-Kritik. Von der international besetzten Auftakt-Pressekonferenz unserer Kampagne „Unser Europa neu begründen" gab es zwar einen sehr schönen Bericht im Ö1-Europajournal – die große Breitenwirkung blieb jedoch leider aus. Die Plattform „Europa geht anders", deren Ziel die Verhinderung des Wettbewerbspaktes" zum Ziel hat (siehe Seite 9), hatte es medial in Summe nicht viel leichter. Von den zwei hochkarätig besetzten Pressekonferenzen (eine im Juni, eine im Dezember) wurde nur vereinzelt in Qualitätszeitungen berichtet, der erfolgreichere Weg führte über mehrere Gastkommentare in die Medien. Wie schon 2012 gab es auch 2013 einen ausführlichen ORF-Fernsehbericht von der Attac-Sommerakademie – diesmal in „Burgenland heute", darüber hinaus sogar eine Ankündigungen in den Ö3 Nachrichten.

2013 noch relativ wenig im Fokus der Öffentlichkeit: Das geplante Handelsabkommen EU – USA. Dennoch konnten wir unsere Forderung nach Abbruch der Geheimverhandlungen prominent in den Ö1-Journalen platzieren. 2014 wird sich da sicherlich mehr tun.



„Rettungspaket hilft nur den Banken“

Attac kritisiert EU-Hilfe für Griechenland.

WIEN. Seit März 2010 haben die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) 206,9 tisiert Attac. Weitere 101,3 Milliarden kamen Gläubigern des griechischen Staates zugute

„89,5 Mrd. nur für die Banken“

Irland zahlte 166 Milliarden an Banken

Attac-Studie: Europas Antikrisenpolitik nützt nur Finanzindustrie

Wien – Kein Eurokrisenland wurde in den vergangenen Wochen von Europas Politi- dass die EU-Antikrisenpolitik in dem Euroland zu einem kostspieligen Fiasko andere europäische Großbanken) auszuzahlen. Vom übrigen Teil des Rettungs-

Wie jedes Jahr soll auch hier auf die Aktivitäten der Attac-Regionalgruppen hingewiesen werden, die auch in punkto Medienarbeit wichtige „NahversorgerInnen“ sind und ihre Veranstaltungen und Aktionen groß artig in lokalen Medien präsentieren.

Der vollständige Pressespiegel ist unter: *www.attac.at/presse/pressespiegel* zu finden.

Alternatives Budget der NGOs: Zehn Milliarden Steuern

Wien – Während die offizielle Budgetrede auf sich warten lässt (sie-

STEUEROASE

Attac-Diskussion um Europapolitik

FREISTADT. Attac Mühlviertel Nord veranstaltet am Dienstag,



Attac: Irland-Rettung kein Erfolg

Kritik: Irland bekam 67,5 Mrd. Hilfsgelder und pumpte 89,5 Mrd. Euro in Finanzsektor.

Wien – Mitte Dezember hat Irland als erstes Euro-Krisenland den Rettungsschirm verlassen. Doch für Irland sei der Rettungsschirm keine Erfolgsgeschichte gewesen, be- Laut Attac stehen den 67,5 Milliarden Euro, die Irland von der Troika aus EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds an Hilfsgeldern

ATTAC Aktion zeigt Einkommensschere

AMSTETTEN. Die ATTAC-Gruppe Mostviertel-West führt am Samstag, 27. April, im Stadtzentrum Amstettens eine Aktion zum Thema „Sozial gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen“ durch.

Gastkommentar von Alexandra Strickner

Europa geht anders!

Der EU-Wettbewerbspakt gefährdet Demokratie und soziale Sicherheit in Europa.

77 % der Griechen-Hilfe ging an Banken und reiche Anleger

EU-Bürger sind empört! Denn: Laut Berechnungen der Globalisierungskritiker von Attac flossen von den bisher nach Athen überwiesenen 207 EU-Milliarden mindestens 77 % direkt in den Finanzsektor. 58 Milliarden wurden demnach für die Rettung maroder Banken und der teils superreichen Besitzer verwendet. Mit 101 Milliarden € wurden Gläubiger des Staates bedient – also etwa die Inhaber von Anleihen, die dank EU Traumgewinne machten. 47 Milliarden landeten im Budget – und flossen großteils in Form von Zinsen erneut an Anleger. „Die sogenannte Griechenland-Rettung entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Banken- und Reichenrettung“, ärgert sich Lisa Mittendrein von Attac.

Lisa Mittendrein

Attac hat nachgerechnet: Griechen-Hilfe nur für Banken

Kreislauf. Griechenland hatte und hat hohe Schulden und diese vor allem im Ausland und bei den einheimischen Seit März 2010 haben EU und Währungsfonds in Summe 206,9 Milliarden Euro für die Griechenland-Rettung

CSA, SoLaWi oder was?



von Wolfgang Eichinger und Stephan Pabst

Ein Ziel solidarischer Landwirtschaft – Community Supported Agriculture (CSA) – ist es kleinbäuerliche Strukturen und regionale Lebenmittelversorgung zu stärken und damit einen Schritt in Richtung Ernährungssouveränität zu gehen.

AgrarAttac hat im Rahmen des Projekts CSA4Europe (Oktober 2011 bis September 2013) grenzüberschreitende Austauschreisen von BäuerInnen, AktivistInnen und KonsumentInnen organisiert, die durch eine "Grundtvig" Lernpartnerschaft finanziert wurden. PartnerInnenorganisationen aus Deutschland, England, der Slowakei, Tschechien, Ungarn, Griechenland und Frankreich mobilisierten 90 Lernende; rund 2000 Menschen nahmen an den zahlreichen Veranstaltungen teil.
Ziel des Projekts war, Informationen über Solidarische Landwirtschaft zu verbreiten und den Aufbau solcher Initiativen zu unterstützen.

Der internationale Erfahrungsaustausch im Rahmen des Projekts und die Veranstaltungen in Österreich stießen auf großes Interesse. Während der Projektlaufzeit wurden neun CSA-Betriebe gegründet. Einige Projekte sind gerade im Entstehen, und die österreichweite und internationale Vernetzung der CSA-Initiativen wird mit Treffen in den Bundesländern und der Teilnahme einer österreichische Delegation am Internationalen CSA-Forum bei Paris weitergehen.

Projektergebnisse sind ein Europäisches Handbuch zu CSA, Erfahrungsberichte der TeilnehmerInnen und ein Wiki.

Weiterführende Infos: attac.at/csa ||

Abschied

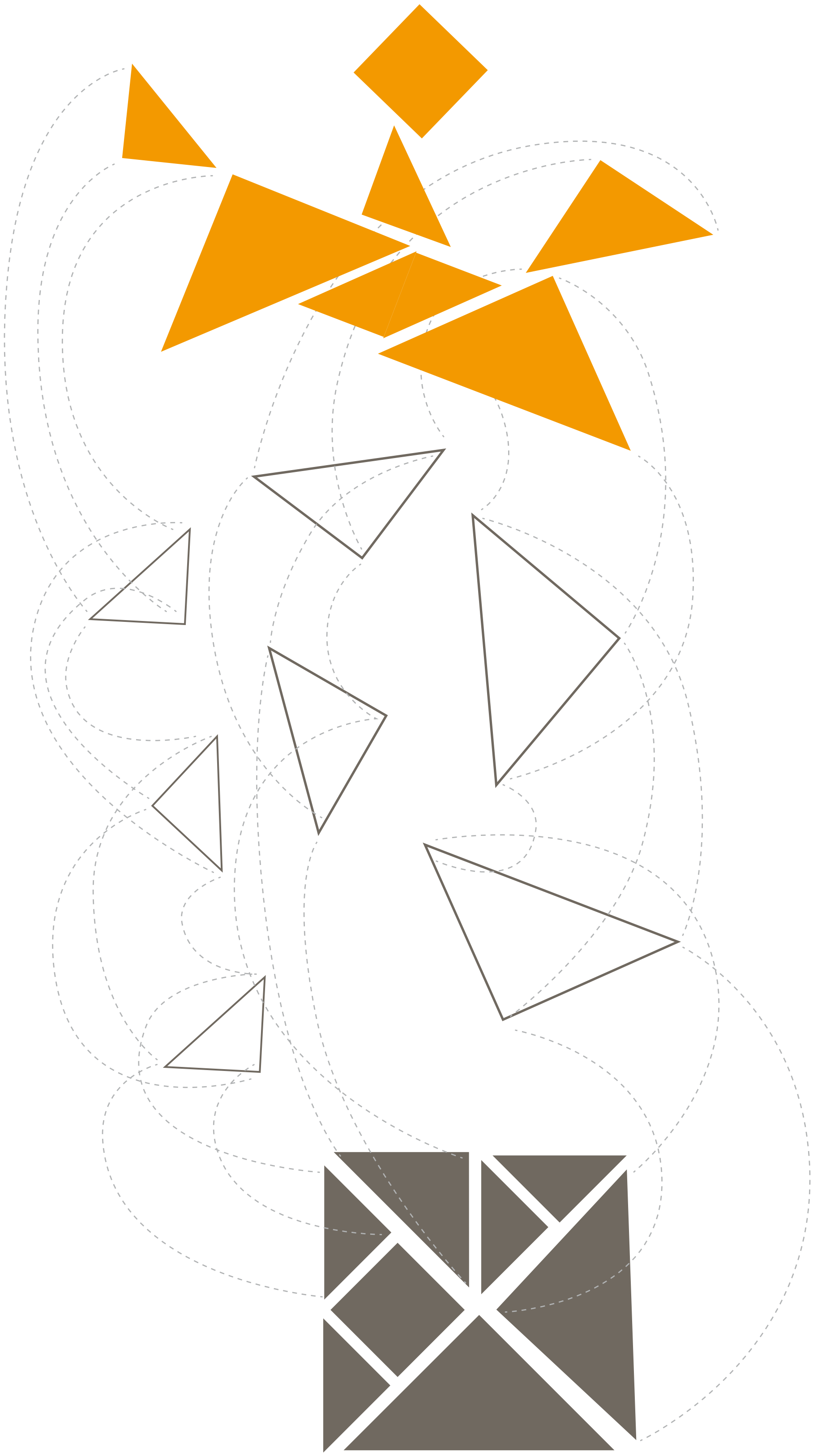
Wir trauern um Herbert Mittermüllner

Herbert Mittermüllner, engagierter Koordinator der Attac-Regionalgruppe Mühlviertel Nord, ist am 29. Mai 2013 bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Er fuhr mit dem Rad von der Arbeit nach Hause und wurde von einem Auto erfasst.

Herbert hatte eine erfrischend unkomplizierte Art, mit Menschen umzugehen und so auch unsere Gruppe zu organisieren. Seine Hinwendung zur Gesellschaft war getragen von einem breiten Horizont und tiefer Einsicht. Es sind Menschen wie Herbert, die unser Leben bereichern und uns immer wieder die Hoffnung geben: so, wie es ist, muss es nicht bleiben.

Attac war für Herbert ein wichtiger Teil seines Lebens. Als Koordinator der Regionalgruppe sind bei ihm alle Fäden zusammengelaufen; er hat so viel getan, so unermüdlich genetzwerkt, so viele Aufgaben übernommen und vor allem die Gruppe zusammengehalten, dass es für uns noch nicht vorstellbar ist, wie es ohne ihn weitergehen soll. Aber es wird für uns eine wichtige Aufgabe sein, das was Herbert aufgebaut hat, weiterbestehen zu lassen und weiterzumachen.

Abschied



Ausblicke

Attac 2014 ein Ausblick

der Attac Vorstand

Das Attac-Jahr 2013 war geprägt vom Aufbau europäischer Netzwerke, um den Widerstand gegen die unsoziale und undemokratische Krisenpolitik der Eliten und die öffentliche Wahrnehmung von Alternativen zu stärken. 2014 geht diese Arbeit weiter.

TTIP – das Handels- und Investitionsabkommen EU-USA stoppen

Anfang 2014 hat der Widerstand gegen TTIP bereits einen kleinen Zwischenerfolg ermöglicht: Um vor den EU-Wahlen der Diskussion (vor allem über die Klagerechte von Konzernen) den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat EU- Handelskommissar De Gucht eine dreimonatige Konsultationsphase angekündigt. Für uns ist das allerdings zu wenig! Gemeinsam mit vielen anderen arbeiten wir weiter daran, dass Handelspolitik demokratisch und transparent stattfindet – abseits des dominierenden Einflusses großer Konzerne. Auch auf der SommerAkademie im Juli werden wir den Kampf gegen TTIP in den Mittelpunkt stellen.

EU-Wettbewerbspakt stoppen

Der EU-Wettbewerbspakt wurde noch nicht beschlossen – auch ein Erfolg unserer Arbeit im vergangenen Jahr. Aber einstweilen wurde er nur verschoben: Im Oktober steht er wieder auf der Tagesordnung. Im Rahmen von „Europa geht anders“ werden wir weiter an der Verhinderung des Paktes arbeiten.

Finanztransaktionssteuer

Die Verhandlungen über die FTS gehen in die entscheidende Phase. Der Finanzsektor hat bereits 2013 zum Großangriff gegen die Steuer angesetzt. Wir werden weiter alles daran setzen, den Druck auf die österreichische Regierung und die anderen zehn EU-Länder zu erhöhen, damit der Kommissionsvorschlag zur FTS (der trotz einiger Mängel ein Meilenstein ist) umgesetzt wird.

Zu diesen und anderen Themen werden wir die österreichischen KandidatInnen zum Europäischen Parlament (EP) befragen. Damit geben wir eine Entscheidungshilfe zur EP-Wahl: Die BürgerInnen sollen wissen, wer sich im EP wofür einsetzen will.

Attac wird sich auch 2014 in der Allianz „Wege aus der Krise“ engagieren und Alternativen zur aktuellen Kürzungspolitik aufzeigen; im Oktober werden wir wieder ein Zukunftsbudget präsentieren. Im April findet das erste Nyeleni Österreich-Forum statt (mehr dazu auf der folgenden Seite). Die 3. Europäische Sommeruniversität des Attac-Netzwerks schlägt im August ihre Zelte in Paris auf, und im November heißt es warm anziehen für die dritte Blockupy Mobilisierung in Frankfurt: Wenn das neue Gebäude der Europäischen Zentralbank feierlich eröffnet wird, werden nicht nur die Staatspitzen anwesend sein, sondern auch wir! ||

Wichtige Attac-Termine 2014

Nyeleni Austria 2014	
13. bis 17. April im Schloss Goldegg, Salzburg	Infos unter: www.ernährungssouveränität.at
AktionsAkademie	
28. Mai bis 01. Juni in Steyr, OÖ	Infos unter: www.attac.at/aktionsakademie
SommerAkademie	
16. bis 20. Juli in Tirol	Infos unter: www.attac.at/sommerakademie
ESU	
19. bis 24. August in Paris, Univ. Paris-Diderot	Infos unter: www.esu2014.org
Blockupy	
Im Herbst 2014 zieht die EZB in ein neues Gebäude.	Infos unter: www.blockupy.org

Blockupy wird dabei sein und bei der Eröffnung der EZB mit Massenprotesten, Blockaden als Form des zivilen Ungehorsams, Großdemonstrationen und kreativen Aktionen protestieren.

Nyéléni Austria 2014
Österreichisches Forum für Ernährungssouveränität

Weltweit organisieren sich Menschen, um die Kontrolle über ihre Ernährungs- und Agrarsysteme zurückzugewinnen. Die Bewegung für Ernährungssouveränität wächst auch in Österreich!

von Julianna Fehlinger

Angestoßen von AgrarAttac, der ÖBV und Fian wird vom 13. bis 17. April 2014 das erste österreichische Forum für Ernährungssouveränität „Nyéléni Austria 2014“ im Schloss Goldegg in Salzburg stattfinden. Das Forum wird etwa 300 Menschen versammeln, die sich für das Thema Ernährungssouveränität engagieren, und stellt einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu einer starken Bewegung für Ernährungssouveränität in Österreich dar.

Das Forum soll den Austausch der Gruppen, Organisationen und Initiativen für Ernährungssouveränität fördern und vor allem durch die Entwicklung gemeinsamer Strategien ein Schritt sein, um Ernährungssouveränität, das Menschenrecht auf Nahrung und ein gutes Leben für alle, zu verwirklichen. Im Vorfeld wird in jedem Bundesland ein regionales Treffen stattfinden. Um eine bunte Mischung von aktiven und betroffenen Menschen (vor allem auch Bauern und Bäuerinnen) auf dem Forum dabei zu haben, werden aus jedem Bundesland Menschen mit unterschiedlichen Hintergrund und Erfahrungen zum Forum delegiert. Als Mithelfende sind natürlich alle herzlich willkommen.

Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität! Widerstand ist fruchtbar!

Informationen unter:
www.ernährungssouveränität.at
Kontakt: austria@nyelenieurope.net

Erbschafts- und Vermögenssteuern – wir lassen nicht locker!

von Alexandra Strickner



Die Erfolge hinsichtlich einiger Steuerreformen im neuen Regierungsprogramm freuen uns zwar – aber angesichts der extrem ungleichen Verteilung privater Vermögen ist die Einführung von vermögensbezogenen Steuern (wie einer Erbschafts- oder allgemeinen Vermögenssteuer auf große Vermögen) dringlicher denn je. Informationsmaterialien, die in einfacher und verständlicher Form erklären, warum große Vermögen und Erbschaften besteuert werden müssen und warum die Argumente der GegnerInnen dieser Steuern nicht stimmen, sollen Aufklärung ermöglichen.

Das Zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget 2015 wird ganz im Zeichen des Schwerpunktes „Arbeitslosigkeit und Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen“ stehen. Denn in einer wirtschaftlichen Rezession braucht es nicht weniger, sondern mehr Investitionen der öffentlichen Hand um gegenzusteuern. Allerdings nicht irgendwelche – es müssen Investitionen sein, die das Leben der Menschen in Österreich verbessern und zugleich Klimawandel und knapper werdende Ressourcen mitdenken. Im Budget 2015 werden wir auch das Kapitel zum Thema Arbeitszeitverkürzung schärfen – eine weitere wichtige Maßnahme, um Arbeit gerechter zu verteilen und Arbeitslosigkeit zu verringern.

Abonnieren Sie den Newsletter der Allianz „Wege aus der Krise“ um über die Vorschläge und Aktionen am Laufenden zu bleiben:

www.wege-aus-der-krise.at

Was haben Lebensmittel, Land, Luft und das globale Ökosystem gemeinsam? Wir brauchen sie zum Leben – eh klar. Land zum Anbau von Nahrung und zum Wohnen, Lebensmittel zum Essen, Luft zum Atmen. Ohne die Natur gäbe es uns nicht, wir sind Teil des globalen Ökosystems.

Finanzialisierung der Natur: Geld wächst nicht auf Bäumen – oder doch?

von Thomas Wenidoppler

Unser derzeitiger Lebensstil kennt keine ökologischen Grenzen, und das hat gravierende Folgen: Klimawandel durch enormen CO_2-Ausstoß, Zerstörung von Artenvielfalt und Übernutzung von nachwachsenden und nichtnachwachsenden Rohstoffen. Die Antwort unserer PolitikerInnen auf diese Probleme: Die Marktmechanismen sollen das Problem unseres unnachhaltigen Lebensstils lösen, insbesondere die Finanzmärkte. Der Druck des zirkulierenden „freien Kapitals“, das nach neuen Profitmöglichkeiten sucht, führt dazu, dass Finanzmarktakteure stets neue Investitionsmöglichkeiten erschaffen.



Veronika Götz/Courtney Day

Marktbasierte Lösungen sind der falsche Weg

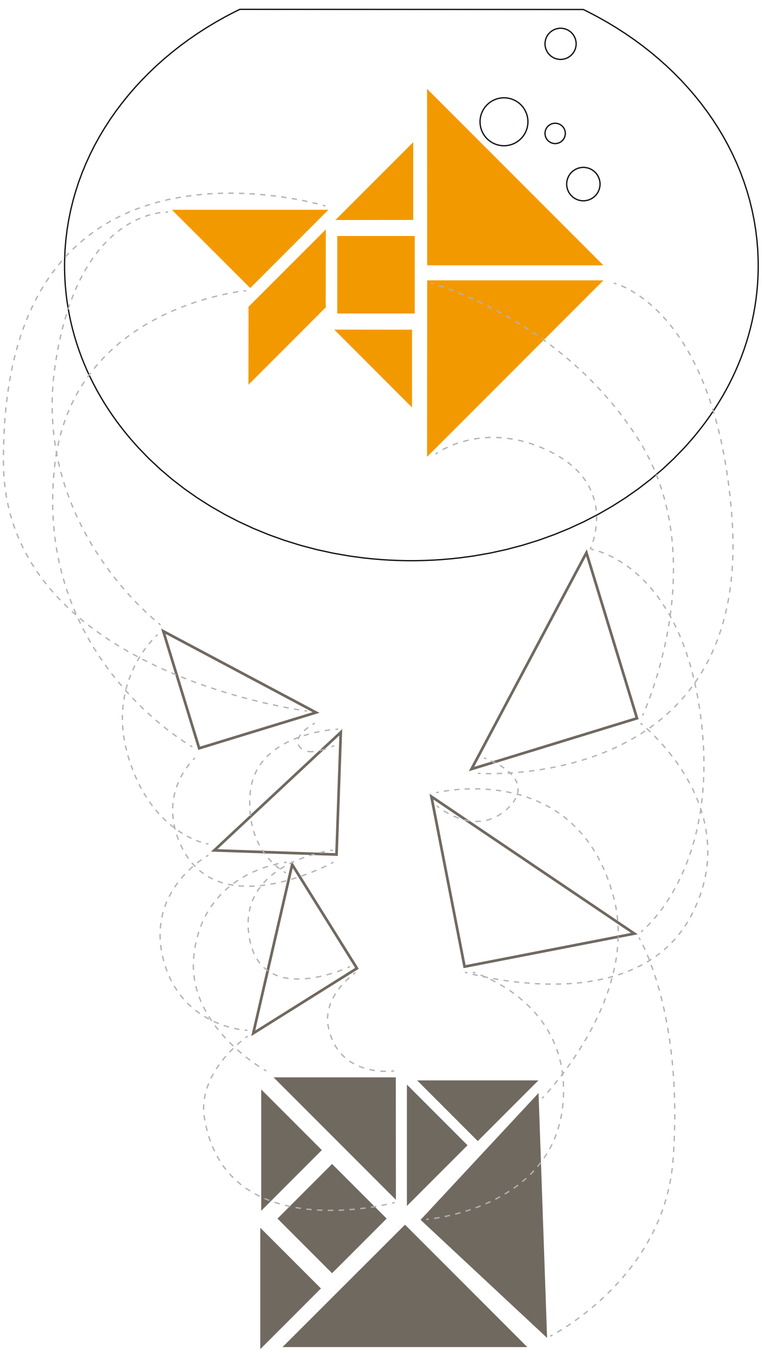
Diese marktbasierten Lösungen lösen aber nichts, wie das Beispiel des Emissionshandels sehr deutlich zeigt: Seit Einführung des CO_2-Handels ist der CO_2-Ausstoß global nämlich keineswegs zurückgegangen, sondern sogar gestiegen. Statt Nahrungsmittelpreise über Finanzmärkte zu stabilisieren, kommt es immer öfter zu extremen Preisschwankungen, so dass sich Menschen mit wenig Einkommen vor allem in den Ländern des globalen Südens nicht einmal mehr Grundnahrungsmittel wie Reis leisten können.

Trotz dieser negativen Erfahrungen sollen diese Mechanismen weiter vorangetrieben werden, ganz nach dem Motto: Nur was einen Preis hat, ist etwas wert und wird geschützt. Man versucht den Eindruck zu erwecken, dass wir das Problem lösen können, ohne etwas an der Art und Weise zu ändern, wie wir leben. So wird derzeit europaweit überlegt bzw. daran gearbeitet sogenannte Biodiversitäts-Offset-Programme einzuführen. Was ist das? Ein Unternehmen darf am Ort A etwas zerstören, solange dafür am Ort B dafür etwas geschützt oder ein künstliches Naturgebiet wiedergeherstellt wird. Statt Gesetze zum Schutz von Biodiversität zu erlassen, wird die Zerstörung von Natur durch den Kauf von Biodiversitätszertifikaten ermöglicht. Das ist natürlich Blödsinn! Auch dass man mit seiner Fabrik weiter Dreck in die Luft schleudern darf, wenn dafür bei einer anderen zusätzlich gebauten Fabrik weniger emittiert wird - in Summe ist das dann nicht weniger Dreck, sondern mehr. Und in Summe wird der Biodiversitäts-Zertifikatehandel ein noch rascheres Artensterben mit sich bringen. Die Alternative wäre Schutzgebiete und ökologisch sensitive Zonen einfach unberührt und Erdöl im Boden zu lassen.

Einmal mehr werden FinanzmarktakteurInnen und große Unternehmen von diesem Handel profitieren, so wie es auch beim Emissionshandel der Fall ist.

Im Projekt Finance and Trade Watch setzen sich österreichische NGOs (u. a. ECA Watch und Attac) kritisch mit der Finanzialisierung der Natur auseinander und zeigen Alternativen auf. Auftakt war ein dreitägiges Seminar im Rahmen der letztjährigen Attac-SommerAkademie.

Informationen: www.ftwatch.at



Einblicke

Mitmachen und wirksam werden!

Vorwort von Wilhelm Zwirner, Geschäftsführer Attac Österreich

Auch 2013 hat Attac viel geschafft! Die fünf wichtigsten Bereiche, anhand derer wir das beobachten, sind: 1.) politische Bildungsarbeit, 2.) internationale und nationale Kampagnen, 3.) Öffentlichkeits- & Medienarbeit, 4.) Straßenaktionen sowie internationale und nationale Kundgebungen, 5.) Allianzen, Netzwerke und Kooperationen. All das passiert durch den Einsatz mehrerer hundert ehrenamtlich Engagierter mit Unterstützung durch ein fünfköpfiges Büroteam.



Das ist wunderbar. Das ist ein wichtiger Teil des Selbstverständnisses von Attac Österreich: Menschen informieren sich, tun sich in Gruppen zusammen und versuchen in den verschiedenen oben genannten Bereichen zu wirken - wirksam zu werden; also sich selbst und andere zu informieren, Bildungsangebote zu organisieren, neue Perspektiven anzubieten, Alternativen zur Diskussion zu stellen, in den Medien präsent zu sein, durch öffentliche Aktionen aufmerksam zu machen und über Attac hinweg in Kooperationen gemeinsam mit anderen noch mehr zu bewegen. Was dabei alles entsteht, ist in diesem Jahresbericht und auch auf unserer Website nachzulesen.

„Mitmachen und wirksam werden!“ sind dabei wesentliche Aspekte für Attac. Daher stellen wir uns in einem Organisationsentwicklungsprojekt unter anderem folgende Fragen: Wie werden Menschen auf uns aufmerksam? Was führt dazu und ermöglicht es, dass jemand aktiv bei Attac mitmacht, zu einer Gruppe dazu geht, eine neue Gruppe gründet oder Attac auf ganz persönliche Art und Weise unterstützt? Was erhält die Motivation und Begeisterung bei einzelnen und in einer gesamten Gruppe um sich viele Jahre bei Attac zu engagieren? Wie wirken AktivistInnen, Gruppen, Vorstand und Büro bestmöglich zusammen? Wie schaffen wir es - bei aller Autonomie der Gruppen - bei bestimmten Themen an einem Strang zu ziehen und dadurch große Wirksamkeit zu erreichen? Was bedeutet wirksam werden für uns und in der zivilgesellschaftlichen politischen Arbeit? Mehr dazu ist auf der nächsten Seite zu lesen.

Alleine dass wir uns mit diesen Fragen beschäftigen, zeigt mir, dass wir zwei wesentliche Dinge erkannt haben: Für unsere Arbeit ist es von zentraler Bedeutung möglichst viele Menschen zu erreichen und - im Selbstverständnis von Attac – sie auch zu involvieren und zu ermächtigen, um gesellschaftlich etwas zu bewegen und tatsächlich einen Unterschied zu machen.

Ich bin davon überzeugt, dass unsere gemeinsame Arbeit unschätzbar wertvoll für den notwendigen gesellschaftlichen Wandel ist und reale Veränderung bewirkt.

Im Namen von Attac möchte ich an dieser Stelle auch sagen: Danke! An alle, die gemeinsam - auf so wertschätzende, respektvolle Weise und voller Begeisterung - mit/als/bei/für Attac auf dem Weg sind um positive Veränderung zu bewirken. Danke an alle AktivistInnen, Mitglieder, SpenderInnen, KooperationspartnerInnen, SympathisantInnen und alle, die uns unterstützen. Gemeinsam können wir viel bewegen! ||

Attac Organisationsentwicklungsprojekt 2013/2014

von Wilhelm Zwirner



Mehr AktivistInnen, die sich in Attac Gruppen engagieren und mehr Wirksamkeit durch besseres Zusammenwirken von Gruppen, Büro und Vorstand in Bezug auf die Jahresschwerpunkte von Attac: Das sind die beiden großen Ziele des Projekts der Organisationsentwicklung (OE), das im April 2013 gestartet wurde.

Attac als Konglomerat aus Organisations-, Gruppen- und Netzwerklogik

In Österreich arbeiten als „Attac" eine Kampagnenorganisation, Regional-, Inhalts- und Querschnittsgruppen sowie AktivistInnen in einer organisationalen Mischform zusammen. Hier treffen Organisations-, Gruppen- und Netzwerklogik aufeinander. In netzwerkförmigen Systemen gibt es keine hierarchische Steuerung - es ist ein Geben und Nehmen in Kooperationsbeziehungen. Alle sind an der Steuerung beteiligt. Das braucht gute Koordinierungsprozesse - und diese besser zu erforschen und für die gemeinsame Arbeit nützlich und praktikabel zu machen, ist Ziel dieses Projekts der Organisationsentwicklung. Vor allem in einer Phase des Wachstums der Organisation (ehrenamtliche Beteiligung in Gruppen, Angestellte, Allianzen…) erscheint uns das als wichtige Reflexions- und Erkundungsaufgabe.

Der Prozess wird von Philipp Sonderegger (langjähriger Sprecher von SOS Mitmensch und nun OE-Prozessbegleiter) begleitet und ist als „Action Learning Projekt" aufgesetzt. Es geht dabei unter anderem um die Organisation gemeinschaftlicher Lernprozesse und die Vergemeinschaftung von vorhandenem Wissen Einzelner oder bestimmter Gruppen. Aus einem Querschnitt verschiedener Organisationseinheiten (Inhalts- und Regionalgruppen, Vorstand, Büro) wurde eine Projektsteuerungsgruppe eingesetzt, die den Fortgang des Projekts begleitet und sichergestellt hat.

Als zentrale Erkundungsfelder werden im OE-Begleitungsprozess fokussiert:

1.) Zusammenarbeit – Wirksamkeit: Wie kann die Wirksamkeit von Attac durch bessere Verschränkung (Kommunikation, Zusammenarbeit) der Attac-Einheiten (Gruppen, Büro, Vorstand...) in Bezug auf die Jahresschwerpunkte gesteigert werden? Was braucht es auf allen Ebenen, um Mobilisierungsstärke und Wirksamkeit zu erreichen?

2.) Andocken - Mitmachen - Regeln: Welche Andock- und Mitmachmöglichkeiten für neue Teilnehmende gibt es? Welche Prozesse sollen durchlaufen werden? Wie können Kenntnis und Geltung des vorhandenen Selbstverständnisses, vorhandender Regeln & Prinzipien und Prozesse gewährleistet werden?

Im Rahmen des Projekts wurden unterschiedliche Maßnahmen gesetzt, an denen sich verschiedenste Attac-Gruppen und AktivistInnen beteiligt haben: Lesekreis, Gruppenbefragung, Appreciative Inquiry, Organisationsaufstellung, Planspiel, Planungswerkstatt. Die Ergebnisse sind seit Anfang 2014 in Arbeit und werden auf der AktivistInnenversammlung Ende April vorgestellt. ||

Aktivitäten der Regionalgruppen

zusammengestellt von Wilhelm Zwirner

Stand: Jänner 2014

Attac Burgenland
burgenland@attac.at
Highlights 2013: Die SoAk in Eisenstadt! Davor Diskussionsveranstaltung „Reset Finance. Solution or Revolution? Lösungen in Sicht" (Kooperation mit der AK Burgenland). Abwechselnd mit Attac Wr. Neustadt betreuten wir im Sommer einen Attac Stand am Festival-Gelände in Wiesen. Fragen an PolitikerInnen zu vermögensbezogenen Steuern, Finanztransaktionssteuer, Wettbewerbspakt. Infostand bei der Eröffnung des GEA/Waldviertler-Geschäfts in Eisenstadt mit Heini Staudinger.
Ausblick: Wir werden mit Veranstaltungen, Infoständen und der Teilnahme an Kampagnen (z. B. TTIP) weiter aktiv bleiben.



Attac Burgenland

Attac Braunau braunau@attac.at
Neue Gruppenmitglieder herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse oder infos@attac.at

Attac Flachgau flachgau@attac.at
AG Gemeinwohl-Ökonomie (zw. 4 und 20 Personen): Jeden 2. Montag im Monat Austausch über GWÖ-Aktivitäten mit dem Energiefeld Salzburg und sonstige GWÖ-Themen betreffende Veranstaltungen.
Highlights 2013: Teilnahme Pressekonferenz der GWÖ in Salzburg; praxisorientierte Präsentation und Diskussion (GWÖ Pionierunternehmen b.it gmbh); Erfahrungsaustausch zu GWÖ; Umsetzung, Praxisbeispiele, Vorbildwirkung zum Nachmachen im b.it|office
AG Ökonomische Alphabetisierung: durchschnittlich 6 TeilnehmerInnen, monatliche Treffen. Unsere Themen: Marktzusammenhänge verstehen lernen, um bei Diskussion mitdenken/mitreden und eine begründete Meinung vertreten zu können; Wissen und Argumente, die auch Attac vertritt, öffentlich machen.
Highlights 2013: Diskussionen; Veranstaltung „Demokratie", Kunstbox Seekirchen; Teilnahme an Kampagnen und Aktionen „Packerlaktion" vor der Wahl; Filmdiskussion „Staatsgeheimnis Bankenrettung" und „Gabel statt Skalpell".

Attac Graz graz@attac.at
5 - 15 bei den Treffen jede 2. Woche. Im Teamverteiler 50 Personen.
Highlights 2013: „Water Makes Money" Film und Diskussion, AV/GV in Graz, Kooperation mit Doku Filmfestival Crossroads 2013, Podiumsdiskussion „Wohlstand ohne Wachstum" mit „unserer" eloquenten Manu, Wanderung mit AktivistInnen zahlreicher Grazer Gruppen, Buchvorstellung und Workshop „Gesundheit für alle", vier Filmtage im Rahmen von Hunger. Macht.Profite.6
Ausblick: TTIP, Aktionen zum Recht auf Saatgut, Vortragsreihe in Kooperation mit Ulrich Brand (in Planung), ReferentInnen-Gruppe stärken, Crossroads 2014, Beteiligung an der Woche zum BGE 2014

Attac Inneres Salzkammergut
ineressalzkammergut@attac.at
Unregelmäßige (Organisations-)Treffen
Highlight 2013: 1. Bad Ischler StaTtfest am 28.6.2013. 25 Initiativen, Vereine, Organisationen und AktivistInnen gestalteten das Fest im Kath. Pfarrheim - ein vielseitiges Programm mit kreativen Vorführungen, Musikdarbietungen, Präsentationen und kulinarischen Genüssen. Dank vieler Mitwirkenden aus der Region wurde das Fest ein buntes, offenes und kreatives Miteinander und Kennenlernen - ein Salzkammergut abseits von Operetten, Kaiserkult und Blasmusik. Etwas zu kurz kamen vielleicht die politischen und gesellschaftskritischen Botschaften. Das Fest war ein klares Statement für Integration und einen alternativen Lebensstil.
Ausblick: das 2. StaTtfest ;-) Dazu laden wir alle Attac-AktivistInnen aus der Umgebung recht herzlich ein.



1. Bad Ischler StaTtfest

Attac Kärnten/Koroška
kaernten@attac.at
Kooperationen mit anderen Initiativen (Solidarisch G'sund, Kärnöl etc.). Neue Gruppenmitglieder sind herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse und/oder infos@attac.at

Attac Kirchdorf kirchdorf@attac.at
Neue Gruppenmitglieder herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse oder infos@attac.at

Attac Krems krems@attac.at
Treffen jeden 3. Freitag im Monat.
Highlights 2013: Diskussionsveranstaltung zu „GeLA - Gemeinsam landwirtschaften! Gemeinsame neue Wege von KonsumentInnen

und ProduzentInnen“; Kurzfilm „Frische Wege“; Doku „Water makes Money“; Doku „Ohne euch wären wir nicht mehr hier“ und Reisebericht der Kolumbien Solidaritätsreise 2013; Buchpräsentation und Diskussion zu Schwarzbuch Raiffeisen mit den Autoren Lutz Holzinger und Clemens Staudinger, sowie Heini Staudinger (GEA/Waldviertler); Buchpräsentation: Wolfgang Löser: Der Energierebell; Vortrag und Publikumsdiskussion zum Thema Erneuerbare Energien und Energiewende mit Wolfgang Löser, Buchautor und erster energieautarker Bauer Österreichs.

Attac Leoben **leoben@attac.at**
Neue Gruppenmitglieder herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse oder infos@attac.at

Attac Linz **linz@attac.at**
Neue Gruppenmitglieder sind jederzeit herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse und/oder infos@attac.at

Attac Mödling/Guntramsdorf
moedling@attac.at
Kerngruppe 6 Personen; Treffen 1 x monatlich
Highlights 2013: Podiumsdiskussion mit Heinrich Neisser, Alexandra Strickner und Erwin Mayer „Demokratie 2.0 – Demokratie neu denken“; Beteiligung am Vortrag Margit Schratzenstaller: „Wem greift der Staat am tiefsten in die Tasche?“ Steuergerechtigkeit - gibt es die?; Gespräche mit PolitikerInnen der Region über den Wettbewerbspakt der EU.
Ausblick: Veranstaltung zur „Bank fürs Gemeinwohl“ Präsentation der Gemeinwohlbank mit Walter Rijs; Beteiligung an einer Veranstaltung mit Niko Paech und Stephan Schulmeister: „Wachstum im Gespräch“; Aktionen zu Wettbewerbspakt und TTIP

Attac MondSeeLand
mondseeland@attac.at
Etwa 15 Gruppenmitglieder, gut durchgemischt ;-) Treffen 1 x im Monat
Highlights 2013: Niko Paech: „Wirtschaft ohne Wachstum“, ein gut besuchter Vortrag (ca. 100 BesucherInnen) mit reger Diskussion, AktivistInnenversammlung am Höribachhof, Filmvorführung „Transition 2.0“ und anschließend Gründung des Netzwerks Zukunft Mondseeland – eine zivilgesellschaftliche Vernetzung in unserer Region.
Ausblick: 1. Netzwerktreffen, Schwerpunkt: Bank für Gemeinwohl…. Und sonst … Schau ma mal ;-)

Attac Mostviertel Erlauftal
erlauftal@attac.at
monatliche Treffen
Highlights 2013: Klausur; großartige Attac-Sommersonnwendfeier am 21. Juni im Open-Space-Format; Schwerpunkt Landwirtschaft: Erstmals holten wir die Filmtage Hunger. Macht.Profite 6 zu uns. Wir konnten ein paar tausend Euros an Förderungen und Sponsoring aufstellen und bespielten mit lokalen PartnerInnen das Mostviertel (Purgstall, St. Pölten, Mank und Steinakirchen). Über 250 BesucherInnen schauten, diskutierten und gustierten bei den regional-saisonalen Buffets. Es war anstrengend, intensiv und hat sich voll gelohnt – und wir freuen uns auf eine Fortsetzung! Jahresabschluss mit gemütlichem Weihnachtstreffen.

Attac Mostviertel-West/Seitenstetten
mostviertel@attac.at
Wir sind eine junge Gruppe, die sich mit den Themen von Attac auseinandersetzt. Zur Zeit treffen wir uns jeden 4. Dienstag im Monat um 19:00 Uhr im Bildungshaus St. Benedikt, Seitenstetten. Alle Interessierten sind herzlich willkommen.

Attac Mühlviertel Nord
muehlviertel-nord@attac.at
6 Mitglieder, monatliche Treffen
Highlights 2013: spannende Podiumsdiskussion vor den Nationalratswahlen „Europa - wohin gehst du? Mit Elisabeth Klatzer, Wolfgang Pirklhuber, Sonja Ablinger und Boris Lechthaler; Moderation: M. Duncan. Leider ist das Jahr 2013 auch mit dem Verlust von Herbert Mittermüllner verbunden, der bei einem Verkehrsunfall unverschuldet tödlich verunglückte. Herbert war 2005 Mitbegründer und seit damals „Herz“ unserer Regionalgruppe. Als „Networker“, Integrationsfigur und Ideenbringer half er ganz wesentlich mit, unsere Gruppe zu entwickeln.
Ausblick: TTIP, Europawahl und „Bank für Gemeinwohl“. Daneben arbeiten wir daran, neue Mitglieder für unsere Gruppe zu gewinnen.

Attac Unteres Mühlviertel
u.muehlviertel@attac.at
5-8 Personen; Treffen ca. alle 3 Monate.
Highlights 2013: Wir haben mit VertreterInnen der Gemeinde Gallneukirchen neue Vereinbarungen zur Zusammenarbeit getroffen. Konkret wird es gemeinsame Aktivitäten zu den Themen „Europa“ und „Sozialstaat“ geben.
Ausblick: Info- und Diskussionsveranstaltung im April mit Alexandra Strickner und EU-PolitikerInnen. Vorbereitungen zur Landessonderausstellung 2015 in Gallneukirchen - da machen wir einen Beitrag.

Attac Pongau **pongau@attac.at**
Neue Gruppenmitglieder herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse oder infos@attac.at

Attac Ried
Neue Gruppenmitglieder herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an infos@attac.at

Attac Salzburg salzburg@attac.at
5 bis 13 Aktive, die sich meist 14tägig (harter Kern) zur Planung oder in erweitertem Kreis zur Durchführung von Aktionen mit Das Kino und Vida und zum Flyern treffen.
Highlights 2013: Aktion „Unser Europa neu begründen"; Planung, Durchführung und Nachbearbeitung der Kampagne zur Nationalratswahl - schriftliche KandidatInnenenbefragung plus Podiumsdiskussion „Wahlzuckerl oder bittere Pille", gemeinsam mit der Salzburger Plattform „Wege aus der Krise".
Ausblick: In Zusammenarbeit mit SeniorInnenAttac ist eine Aktion "Vermögens- und Schuldenuhr" geplant. Für die öffentliche Projektion und Verteilung von Informationen sollen möglichst prominente Orte und Zeitpunkte gewählt werden (z. B. Eröffnung der Osterfestspiele).



Podiumsdiskussion in Salzburg

Attac Steyr steyr@attac.at
4 bis 5 Personen, monatliche Treffen
Highlights 2013: Aktion zum Bedingungslosen Grundeinkommen am Stadtplatz in Kooperation mit ÖGB und Dominikanerhaus. Präsenz bei allen sechs Veranstaltungen der Generationenuni zum Thema Europa.
Ausblick: AA 2014 in Steyr, Kooperationsveranstaltungen mit dem Museum Arbeitswelt zur neuen Ausstellung ab März. Kooperation beim Zukunftssymposium im März zum Thema Kooperation statt Konkurrenz (u. a. mit Alexandra Strickner als Referentin).

Attac Tirol tirol@attac.at
ca. 7 AktivistInnen; Treffen monatlich
Highlights 2013: Veranstaltungsserie ‚Lebensqualität statt Standortkonkurrenz' (mit Harald Klimenta, Michael Schwingshackl, Annette Jensen, Silke Helfrich, Tim Engartner)
Ausblick: Initiierung ‚Transition Innsbruck'; Veranstaltung der SoAk von 16. bis 20. in Tirol!

Attac Traunsee traunsee@attac.at
Neue Gruppenmitglieder herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse oder infos@attac.at

Attac Tulln tulln@attac.at
Neue Gruppenmitglieder herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse oder infos@attac.at

Attac Vorarlberg
vorarlberg@attac.at
Neue Gruppenmitglieder herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse oder infos@attac.at

Attac Vöcklabruck
voecklabruck@attac.at
8-10 TeilnehmerInnen; monatl. Treffen
Highlights 2013: sehr gelungene Kooperationsveranstaltungen von Attac und Armutsnetzwerk: 3. Sozialwendfeuer - Wir brennen für Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt! Fest mit Musik, Kreativem, Aktionistischem; „Menschenrechte und Politik" Podiumsdiskussion zur Nationalratswahl mit Spitzenkandidatinnen aus dem Bezirk; „Griechenland - zwischen sozialer Katastrophe und solidarischem Widerstand" mit Katerina Notopoulou (Klinik der Solidarität); Straßenaktion zum EU-Rettungsschirm; Gespräche mit NR-Abgeordneten zum Wettbewerbspakt
Ausblick: Wettbewerbspakt und TTIP; ev. Veranstaltung mit EU-Abgeordneten und Sozialwendfeuer Nr. 4

Attac Waldviertel
waldviertel@attac.at
Neue Gruppenmitglieder herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse oder infos@attac.at

Attac Weinviertel Süd
weinviertelsued@attac.at
Neue Gruppenmitglieder herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse oder infos@attac.at

Attac Wels wels@attac.at
Stammtisch für alle, die Attac kennenlernen wollen: jeden ersten Mittwoch im Monat.
FORUM%attac ist eine neue Plattform zum Diskutieren: Über alles, was uns bewegt: Gesellschaftspolitik, Wirtschaft, Soziales, (Steuer-)Gerechtigkeit… jeden vierten Montag im Monat.

Attac Wien wien@attac.at
ca. 90 Personen am E-Mail-Verteiler Stammtisch-Termine; Attac-Kennenlernen-Treffen. Das Team Wien ist speziell bei Infotischen bei Veranstaltungen, beim Erstellen und Verteilen von Infomaterialien sowie bei Medienaktionen aktiv.

Attac Wiener Neustadt
wr.neustadt@attac.at
Kernteam 8 bis 15 Personen, Treffen 1 x monatlich
Highlights 2013: Filmvorführungen: „The Brussels Business" (am Vormittag auch eine Vorführung mit über 200 SchülerInnen und Diskussion mit Regisseur Fritz Moser); Attac-Foren „Unser Europa neu begründen" und „BürgerInnenbeteiligung in der Gemeinde" mit Therese Sticker; Diskussion zum „MYTHOS EU"; Buchpräsentation „Schwarzbuch Raiffeisen" mit Co-Autor Clemens Staudinger. Projekte: „Essbare Stadt"; Talente-Tauschkreis-Regionalgruppe Wr.

Neustadt . Informationsarbeit: Infostand am Festivalgelände in Wiesen; Artikel im Eibischzuckerl und in den NÖ-Nachrichten; 7 Regionalgruppen-Newsletter (derzeit ca. 480 AbonentInnen); intern: Lesekreis „Demokratie“.
Ausblick: Veranstaltung mit Niko Paech „Die Wachstumsparty ist vorbei“; Gruppenklausur zu Visionen/Ziele/Planung; 3. Pflanzentauschmarkt Schmuckerau

Attac Wienerwald
wienerwald@attac.at
10- 15 Personen, monatliche Treffen und viel Spaß! Neue Gruppenmitglieder jederzeit herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse oder infos@attac.at

Alle Informationen zu den Attac-Gruppen gibt es unter: community.attac.at

Aktivitäten der Inhaltsgruppen

AgrarAttac agrarattac@attac.at
ca. 15 Personen, Treffen 1 x im Monat, dazwischen Arbeitsgruppentreffen
Highlights 2013: Abschluss des Grundtvig-Projekts “CSA4Europe”, in Folge Gründung des österreichischen CSA-Netzwerks; Neuauflage der Broschüre “Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität”; Vorbereitung “Nyéléni Österreich”; Beginn einer neuen Grundtvig_Lernpartnerschaft „GROWL“ (von der EU-Kommission kofinanziertes Projekt zum Thema Postwachstumsökonomie); Ausstellungsprojekt zu Ernährungssouveränität
Ausblick: Forum “Nyeleni Östereich” – Infos und Mitmachmöglichkeiten unter: www.ernährungssouveränität.at; GROWL-Austauschreisen; Unterstützung und Mitarbeit im österreichischen CSA-Netzwerk

arbeiten/tätigsein
arbeiten-taetigsein@attac.at
Themen: bezahlte/unbezahlte Arbeit; Bewertung von Erwerbsarbeit; Geschichte des Arbeitsbegriffes; Prekarität und Erwerbsarbeitslosigkeit; Erwerbsarbeitszeitverkürzung; Verhältnis von Erwerbsarbeit, Carearbeit und Müßiggang; gesellschaftliche Arbeit. Derzeit schöpferische Pause – Interessierte herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse und/oder infos@attac.at

DemokratieAttac
demokratie@attac.at
8-10 AktivistInnen treffen sich ca. 1x/Monat.
Highlights 2013: Stellungnahme zum Demokratiepaket der Regierung; seit der AktivistInnenversammlung im Herbst 2013 neuer Status als Inhalts-Aktionsgruppe (davor Selbstbildungsgruppe)
Ausblick: Prozessvorschlag und Entwurf für ein Demokratie-Positionspapier



Neue Inhaltsgruppe DemokratieAttac

FinanzAttac
finanzmaerkte@attac.at
10 bis 15 AktivistInnen; 2 bis 3 Treffen pro Monat
Die Gruppe arbeitet zu Themen wie Finanztransaktionssteuer, Kapitalverkehrskontrollen und anderen Möglichkeiten, damit Finanzmärkte mit ihrem Treiben die Welt nicht weiter ruinieren. Konkret unternehmen wir auch kritische Recherchen (wie „Bail out money: Greece and Ireland“) oder organisieren Filmabende im Rahmen der Attac-WUK Kooperation.

GrundeinkommenAttac
grundeinkommen@attac.at
ca. 10 Personen (E-Mail-Liste ca. 75 Personen); Treffen etwa alle 7 Wochen (dazwischen jeweils Runder Tisch Grundeinkommen Österreich)
Highlights 2013: Europäische BürgerInnen-Initiative (EBI) zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE); Mitarbeit am Europäischen BürgerInnen Komitee; Sammlung von Unterschriften; „6. Internationale Woche des Grundeinkommens“; Verbesserung des BGE-Finanzierungsmodells; MultiplikatorInnenschulungen“ für das BGE.
Ausblick: Die Plattform der bei der EBI involvierten 24 EU-Mitgliedsländer wurde gegründet um weiter intensiv für die Verbreitung der Idee des BGE zu arbeiten.

Steuergerechtigkeit Attac
fairsteuern@attac.at
Derzeit ruhend. Neue Interessierte sind herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse und/oder infos@attac.at

Aktivitäten der Querschnittsgruppen

Attactionen attactionen@attac.at
Wer sich gerne mit uns Aktionen ausdenken, an Straßenaktionen beteiligen oder verschiedene Aktionsformen ausprobieren möchte – herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse oder infos@attac.at

FeministAttac
feministattac@attac.at
FeministAttac ist aufgrund begrenzter Kapazitäten in einer kreativen Schaffenspause. Grundsätzliches Beschäftigungsfeld sind „Gender-Aspekte und Wirtschaft". Diskussionen werden organisiert, Themen diskutiert und mehr.

radio%attac radio@attac.at
Produziert eine wöchentliche Radiosendung zu Attac-Themen, die bundesweit und über die Landesgrenzen hinaus gesendet wird bzw. via www zu hören ist (Infos zu den Frequenzen und alle Sendungen zum Nachhören: www.radioattac.at). Derzeit AktivistInnen in mehreren Bundesländern. Wer mitarbeiten möchte – herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse oder infos@attac.at

ReferentInnen referentinnen@attac.at, workshop@attac.at
Wir machen Bildungsarbeit für Menschen aller Altersgruppen um Globalisierung und ihre Auswirkungen verständlich zu machen. Wir wollen informieren, bewusst machen, aktivieren und Mut machen bei der Gestaltung einer anderen Welt mitzumachen. Wer mitmachen will ist herzlich willkommen! Einfach ein E-Mail an die Gruppenadresse und/oder infos@attac.at

rhythmattac-bodensee
vorarlberg@attac.at
Wir sind unbequeme Kinder der Globalisierung, denn für uns sind Musik und Rhythmus Mittel der Rebellion. Musik ist politisch und kann die Welt verändern.

SambAttac samba@attac.at
Wir sorgen für Schwung und Lebensfreude bei Festen, Demos und Protesten! Bis zu 20 Leute bei den wöchentlichen Proben. Infos: samba.attac.at; facebook.com/groups/sambattac
Highlights 2013: Frauenrechtsdemo „OneBillionRising", Auftaktkonferenz zur EBI-BGE, VeloCity-Konferenz, Romaria-FlüchtlingsDemo, Workshops/Auftritte auf der AA und SoAk sowie als grandioser Jahresabschluss ein SambAttac-AllStars Fest im FaniaLive mit mehr als 200 TeilnehmerInnen. Übersiedlung in einen neuen schöneren Proberaum in Meidling. Motivations- und Musikerlebenssteigerung durch verstärkte Gruppendynamik.
Ausblick: Aktionen anlässlich der (sozialen/politischen/wirtschaftlichen Problematik rund um die) Fußball-WM in Brasilien. 2014 feiert SambAttac sein 10-jähriges Bestehen mit einem fulminanten Fest! Einbindung einer BläserInnengruppe in die Auftrittsformation. Workshops und Auftritte bei AA und SoAk.
Buddysystem für bessere und schnellere Integration neuer MitspielerInnen. Wünsche für 2014: Aktivierung der „alten" MitspielerInnen und Stabilisierung der Fluktuation, Steigerung des musikalischen Niveaus durch regelmäßiges Üben. Unsere Tür steht immer weit offen für Neu(Wieder)EinsteigerInnen. Keine Vorkenntnisse nötig!

GroovAttac groove@attac.at
Attac Österreich hat jetzt eine Band! GroovAttac spielt vorwiegend Latin & Soul in klassischer Bandbesetzung und kann entweder alleine oder im Zusammenspiel mit SambAttac auftreten. GroovAttac will das Publikum emotional erreichen und macht Stimmung für Attac und die inhaltlichen Anliegen - allen voran die sozial gerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft; in anderen Worten, die Weiterentwicklung


GroovAttac live

einer vorwiegend seelenlosen Wirtschaft zu einer Wirtschaft mit Seele. Unser Motto lautet daher: Soulful Music for a Soulful Economy!

SeniorInnenAttac
seniorInnen@attac.at
12 bis 15 PensionistInnen, Treffen 2 x im Monat (1 x regulär, 1 x fakultativ). Gruppenfunktionen werden von Frauen und Männern abwechselnd wahrgenommen.
Wichtigste Ereignisse 2013: Briefaktionen, Mitwirkung bei WUK-Filmabenden, Informationstische, Flugblätter verteilen; Mitgestaltung der Demonstrationen „Europa neu begründen" und bei der Regierungsangelobung am Ballhausplatz; Stellungnahmen zum Pensionspapier und alternativem Finanzsystem; Vorbereitung der Gruppen „GenerationenAttac" und „Kritische Wissenschaft".
Ausblick: Etablierung der o. g. Gruppen in enger Zusammenarbeit mit SeniorInnenAttac; EU-Wahlvorbereitungen der Parteien „beobachten" und Diskussion organisieren (Schwerpunkt TTIP), Aussagen der BereichssprecherInnen im Parlament kommentieren; Installation einer öffentlichen „Vermögens- und Staatsschuldenuhr"; Pensionspapier aktualisieren.



SeniorInnenAttac

Mitdenken, mitreden, mittun...

von Anna Erber

Wer sich Attac verbunden fühlt, genießt die Kultur der Beteiligung und Mitbestimmung, die hier seit Jahren wächst und gewissenhaft gepflegt wird. Ganz anders die Welt, die wir „da draußen“ vorfinden: Demokratische Prozesse werden allerorten erschwert und behindert, und nicht umsonst widmet Attac dem Thema „Umfassende Demokratisierung“ einen eigenen Transformationspfad in der Deklaration 2010.

Seit etwa einem Jahr gibt es dazu eine eigene Gruppe: Als Selbstbildungsgruppe setzten sich demokratieinteressierte AktivistInnen mit begrifflichen und geschichtlichen Grundlagen auseinander. Um weitere Interessierte einzubinden, bot sie auf der SommerAkademie einen Workshop an, der sich im beliebten World-Café-Setting Fragen wie „Welche gesellschaftlichen Bereiche könnten demokratisiert werden?“, „Welche Methoden zur Umsetzung direkter Demokratie gibt es?“ usw. widmete.

Das gemeinsame Forschen und Diskutieren ist durchwegs bereichernd, so dass in der Gruppe das Bedürfnis wächst, auch nach außen aktiv zu werden und sich in die aktuelle politische Auseinandersetzung rund um direkte Demokratie einzubringen. Die letzte AktivistInnenversammlung brachte die beantragte „Umwandlung“ in eine Inhalts-Aktionsgruppe, und wir können nun zu Taten schreiten! Ganz oben auf der Liste unserer geplanten Aktivitäten: ein Attac-Positionspapier zum Thema Demokratie. Der Prozessvorschlag (Zusammensetzung des Redaktionsteams, Feedbackschleifen, Zeitplan etc.) ist aktueller Arbeitsgegenstand. ||

Radio machen?

von Sabine Bodlak, radio%attac

Ich habe immer schon gerne geredet. Vor allem, frech zurück - als Kind, wenn mir etwas seltsam oder ungerecht vorkam. In den Stationen meines Wirkens bin ich drei Tatsachen immer wieder begegnet: Dummheit (heißt nicht Unwissenheit), Ungerechtigkeit und Verherrlichung des Geldes. Wir leben in einer Welt, in der fast alles möglich ist und wir sind die Gesellschaft. Und was geschieht? Menschen verhungern, während Lebensmittel entsorgt werden, mit denen man ganze Gemeinden verköstigen könnte... So vieles ist aus dem Ruder geraten; Gier, Neid, Betrug sind salonfähig. Medien müssen aufpassen, was sie berichten, sonst fällt der eine oder andere Geldgeber weg, und das Fazit ist ein ungebildetes, meinungserzogenes Volk, das eh nicht aus kann... Wir könnten kämpfen. Arm gegen Reich. Reich gegen Arm. Tun wir ja ohnehin. Oder wir werden endlich munter und gestalten eine Welt, in der alle das großartige Leben genießen können, in Würde und respektvollem Miteinander.

Durch freies Radio wird Realität gestaltbar. radio%attac berichtet, bildet und weckt auf. Ich für meinen Teil stelle meine Fähigkeiten - frech zu sein, knallhart die Stimme zu erheben und Fragen zu stellen bis ich zufrieden bin - zur Verfügung. Damit gestalte ich meine Welt und will Deine verbessern, wenn Du willst und Hilfe brauchst.

Eines ist klar: Wer mitreden will, sollte sich auskennen, sonst is Untergang. Immer wieder aufstehen ist mühsam, aber manchmal notwendig.
Wir hören uns! ||

GrundeinkommenAttac: Enormer Aufwärtstrend

von Ulli und Klaus Sambor

Nach dem Start unserer Europäischen BürgerInnen-Initiative (EBI) „Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) - Erkundung eines Weges zu emanzipatorischen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen in der EU“ begannen die Anstrengungen (Workshops, Vorträge, Politiker-Interviews, Pressemitteilungen, Videos usw.) um die von der Europäischen Kommission geforderte eine Million Unterschriften bis zum 14. Jänner 2014 zu erreichen. Das ist uns zwar leider nicht gelungen, aber gegen Ende der Frist zeichnete sich ein starker Aufwärtstrend sowohl in Österreich als auch in allen anderen EU-Ländern ab. Allein am 7. und 8. Jänner 2014 kamen 10.800 Unterschriften dazu! Dieser Trend verweist auf das Potential dieser laut Vordenker Phiippe Van Parijs „einfachen und wunderschönen Idee“.

Um die aktuelle Dynamik zu nutzen, erfolgt nach dem Ende der EBI die Gründung einer Plattform der bei der EBI involvierten 24 EU-Mitgliedsländer: UBIE (Unconditional Basic Income Europe). Ziel ist, für die Bewusstseinsbildung und zur Verbreitung des BGE zu wirken. Das BGE ist gerade jetzt wichtig, wo sich immer mehr Menschen unter Druck gesetzt fühlen und an Burn-out und Depressionen leiden. Erwerbsarbeitslosigkeit könnte zurückgehen, weil die Arbeit gerechter geteilt würde. Davon würden auch viele Familien profitieren, und armutsgefährdete Personen wie AlleinerzieherInnen und Frauen könnten aufatmen. Einkommensarmut wäre lückenlos abgeschafft, da jede Person das BGE von Geburt bis zum Lebensende erhält. ||

Graz-Telegramm 2013

von Leo Rögner

In meiner Wahrnehmung vom Attac-Graz Jahr will ich neben unseren Aktionen auch Persönliches und etwas von unseren Diskussionen einfließen lassen, daher im Telegrammstil:

‚Water makes money' und die Plastikflasche als unser freiwilliger Beitrag zur Wasserprivatisierung / Protesttag gegen EU-Krisenpolitik: Bildertheater, worin Rettungsschirme Banken retten, jedoch nicht Menschen, / Rahmenprogramm für AV/GV / ‚Die Macht des Geldes', Staudingers Kampf mit der FMA. Kontroverses Nebenthema / ‚Crossroads Festival' im Forum Stadtpark. Sehr viele, gute Filme und Gespräche / ‚Wohlstand ohne Wachstum?', Attac am AK-Podium.



Bildertheater Rettungsschirme

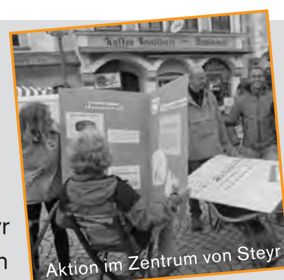
SommerAkademie. Für mich bedeutet sie den Höhepunkt meines Attac-Jahres, weil ich das Seminar ‚politischer Straßentanz' vorbereitet habe. Ich würde statt Parolen und Trillerpfeifen bei Demonstrationen gerne viele Menschen tanzen sehen. Das ‚gute Leben', das wir uns wünschen, soll sichtbar und spürbar werden!

Wanderung mit befreundeten AktivistInnen. Bringt nicht nur gute Vernetzung sondern auch Energie zum weiter-tun / Teilnahme am Protestzug der ‚Plattform 25' gegen Sozialkürzungen / Buchpräsentation ‚Gesundheit für alle', mit Ankündigung in der Bim / Filmreihe ‚Hunger.Macht.Profite', sind Rewe's ‚Wunderlinge' eine gute Reaktion auf unser Thema zu Ernährung? Kratzen unsere Alternativen überhaupt am Kapitalismus? Impulse zu Kommunitarismus / Vernetzung, Attac-Graz ist oft Mitorganisatorin / immer wieder Aufzeichnungen fürs freie Radio. ||

Attac Steyr: Klein, aber oho!

von Rosa Stumberger

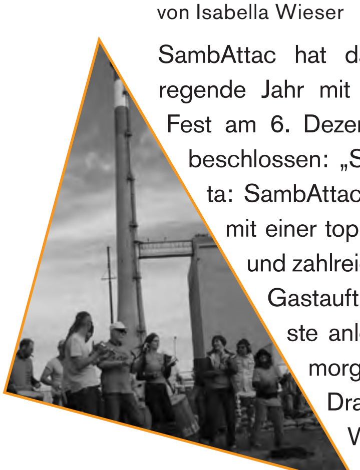
Die Attac-Regionalgruppe Steyr musste im Jahr 2013 einen starken MitarbeiterInnenverlust verkraften, aber die vier bis fünf verbliebenen AktivistInnen sind trotzdem fleißig am Arbeiten und freuen sich auf neue Interessierte! Wir treffen uns monatlich (ausgenommen im Juli und August). Nicht nur wegen unserer kleinen Gruppengröße versuchen wir in Steyr uns gut zu vernetzen, besonders für Veranstaltungen und Straßenaktionen wie zum Beispiel im September zum Bedingungslosen Grundeinkommen.Im Herbst waren wir bei allen sechs Veranstaltungen der GenerationenUni zum Thema „Europa im Herbst – europäische Demokratie im Frühling" mit einem Infotisch dabei oder als TischmoderatorInnen aktiv. Im März 2014 wird wieder ein Zukunftssymposium stattfinden, zu dem wir Alexandra Strickner als Referentin eingeladen haben. Die Veranstaltungsgemeinschaft besteht aus Bildungshaus Dominikanerhaus, Treffpunkt mensch & arbeit und Attac Steyr. Mit dem Museum Arbeitswelt gemeinsam planen wir die neue Ausstellung ab März 2014 und bringen uns mit Attac-Themen ein.


Aktion im Zentrum von Steyr

Das große Ereignis für 2014 wird die AktionsAkademie in Steyr sein – wir sind schon fleißig am werken und ausspionieren! Im Zuge dieser großen Veranstaltung hoffen wir auf AktivistInnenzuwachs für unsere Regionalgruppe. ||

So klang SambAttac 2013

von Isabella Wieser



SambAttac hat das besonders aufregende Jahr mit einem fulminanten Fest am 6. Dezember im Fania live beschlossen: „SambAttac apresenta: SambAttac All Stars!" konnte mit einer top-motivierten Bateria und zahlreichen musikalischen Gastauftritten etwa 200 Gäste anlocken und bis früh morgens begeistern. Als Draufgabe fand in der Woche darauf ein EinsteigerInnenworkshop statt, bei dem zahlreiche InteressentInnen reinschnupperten und einige gekommen sind, um zu bleiben. Schon im Laufe des Jahres kamen viele QuereinsteigerInnen hinzu, so dass sich die Gruppe vergrößert und die Motivation exponentiell gesteigert hat.

Seit September probt SambAttac nicht mehr in Transdanubien, sondern im Kindergarten Sonnenblume in Meidling. Die Rahmenbedingungen sind in vielerlei Hinsicht ganz anders: So wird die Raummiete z. B. nicht etwa monetär beglichen, sondern in Form von Gegenleistungen (kreative Aktivitäten während des Kindergartenbetriebs) abgegolten.

Weitere Jahreshighlights waren zweifelsohne die Teilnahme an der Demo gegen die Abschaffung des Wissenschafts-Ministeriums im Dezember, eine gemütliche öffentliche Probe im Juni auf der Donauinsel, Auftritte beim Radkorso für eine fahrradgerechte Stadt, beim Global 2000 Tomorrowfestival in Zwentendorf sowie Auftritte bei der Frauenrechtsdemo „OneBillionRising" und der Romaria Flüchtlingsdemo. Impressionen hier:
www.youtube.com/sambAttac ||

Mitgliedsorganisationen von Attac Österreich

ArbeitnehmerInnenorganisationen
- Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/ Unabhängige GewerkschafterInnen (AUGE/UG)
- Angestelltenbetriebsrat der MAN Steyr AG
- Betriebsrat Thalia Buch & Medien GmbH
- Gewerkschaft vida Wirtschaftsreferat
- Gewerkschaftsschule Kirchdorf
- Gewerkschaft PRO-GE, Produktionsgewerkschaft
- Gewerkschaft PRO-GE Landesorganisation OÖ
- Gewerkschaft Bau-Holz
- GPA - Gewerkschaft der Privatangestellten
- Konsequente Interessensvertretung (KIV)
- ÖGB Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - KMSfB Zentrale
- ÖGB Oberösterreich
- ÖGB Tirol
- Österreichische Lehrer/innen-Initiative – Unabhängige Gewerkschafter/innen (ÖLI-UG)
- Unabhängige Bildungsgewerkschaft

Kirche
- Basisgruppe Senfkorn Dornbirn
- Caritas Innsbruck
- Fachausschuss für Entwicklungspolitik Pfarre St. Markus
- Franziskusgemeinschaft Pinkafeld
- Jesuitenkolleg Innsbruck
- Katholische Aktion Österreich
- Katholische Frauenbewegung Österreich
- Katholische Jugend Oberösterreich
- Katholische Jugend Österreich
- Katholische Sozialakademie Österreich
- Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich
- Kollegium und Pfarre zum heiligsten Herzen Jesu
- Pastorale Dienste / Weltkirche und Entwicklungsförderung der Diözese St. Pölten (WEKEF)
- Pax Christi Steiermark

Bildung und Wissenschaft, Medien
- Bildungshaus Betriebsseminar Linz
- Europahaus Burgenland
- Grüne Bildungswerkstatt Bund
- Grüne Bildungswerkstatt Burgenland
- Grüne Bildungswerkstatt Salzburg
- Grüne Bildungswerkstatt Vorarlberg
- Grüne Bildungswerkstatt Wien
- Institut SOREI
- ÖH Universität Klagenfurt
- Renner Institut
- Verein Bildungszentrum

Entwicklungspolitik
- Nikaraguakomitee Ansfelden
- Südwind Entwicklungspolitik Salzburg
- Südwind Entwicklungspolitik Niederösterreich
- Südwind Entwicklungspolitik Wien
- Verein Azubi Kibwigwa
- Verein Direkthilfe Welt, Bad Ischl
- Verein InterSol
- Weltladen Baden/Verein Balance Global

Arbeitsmarkt, Soziales, Pensionen, Sozialismus
- Arbeit für Gerechtigkeit
- Aktion für eine Welt St. Johann/Tirol
- EXIT-Sozial - Verein für psychosoziale Dienste
- Initiative Grüne SeniorInnen
- Selbstbesteuerungsgruppe Rohrbach „Eine Welt für Alle“
- SOS Mitmensch
- Sozialistische Jugend Oberösterreich
- Volkshilfe Österreich
- Zentralverband der PensionistInnen Österreichs

Umwelt
- Forum Mensch und Umwelt
- Initiative Oberes Kremstal für Mensch und Umwelt (INOK)
- Menschen für Solidarität, Ökologie, Lebensstil (SOL)
- Österreichische MedizinerInnen gegen Atomgefahren (OMEGA)
- Permakultur Austria
- Umweltgruppe Pfarre Grünbach

Unternehmen
- HÜBLER Kälte- und Klimatechnik Ges.m.b.H.

Friedensbewegung
- Grazer Büro für Frieden und Entwicklung

Gemeinden
- Stadtgemeinde Ansfelden

Attac-Gemeinden
- Ebensee (OÖ)
- Gallneukirchen (OÖ)
- Molln (OÖ)

Die Generalversammlung 2013



Statutengemäß hält Attac Österreich einmal jährlich im Rahmen einer AktivistInnenversammlung die Generalversammlung ab, bei der die Mitglieder des Vereinsvorstandes, das Gender Mainstreaming Gremium und die RechnungsprüferInnen gewählt werden. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder von Attac Österreich.

Das Wahlergebnis der Generalversammlung am 28. April 2013 in Graz

In den Vorstand wurden gewählt:
Hans Asenbaum, Markus Feichtinger, Julianna Fehlinger
Elisabeth Grießler, Elisabeth Klatzer, Lisa Mittendrein
René Schuster, Alexandra Strickner, Michael Vasold

In das Gender Mainstreaming Gremium wurden gewählt:
Julianna Fehlinger, Doris Hammermüller, Bernhard Mager, Andreas Oberenzer

Als RechnungsprüferInnen wurden gewählt:
Anna Erber, Andreas Oberenzer

Die Generalversammlung 2014 findet am 27. April 2014 in Graz statt.

Alle Mitglieder von Attac Österreich sind herzlich willkommen!
Informationen unter 01/544 00 10 oder infos@attac.at

Das Attac-Büro

Fünf MitarbeiterInnen unterstützen die vielen ehrenamtlichen AktivistInnen und Gruppen bei ihrer Arbeit und sind direkte Anlaufstelle für alle, die sich für Attac interessieren, Fragen haben oder sich engagieren wollen:

Madeleine Drescher madeleine.drescher@attac.at
Campaignerin für Eurokrise, Finanzmärkte und TTIP

Monika Stadler verwaltung@attac.at
Mitgliederbetreuung, Buchhaltung, Veranstaltungen, Administration

Barbara Cäcilia Supper infos@attac.at
Anfragen, Protokolle, Berichte, Veranstaltungen

David Walch presse@attac.at
Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Social-Media, Publikationen

Wilhelm Zwirner wilhelm.zwirner@attac.at
Geschäftsführung, Organisationsentwicklung, Fundraising, AktivistInnenbetreuung

Ein Besprechungsraum bietet Platz für die Treffen zahlreicher Attac-Gruppen und die Vorbereitung von Aktionen und Veranstaltungen. Im Büro liegen sämtliche Informationsmaterialien und Attac-Publikationen auf; Aktionsmaterialien (Folder, Transparente, Fahnen...) können ausgeborgt werden. In unserer kleinen – aber feinen – Bibliothek können Bücher, DVDs, CDs und Zeitschriften zu verschiedenen Themen bis zu 4 Wochen lang entlehnt werden.

Bürozeiten: Montag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr

Attac Österreich

Margaretenstraße 166/25, 1050 Wien
Telefon: 01/544 00 10 **Fax:** 01/544 00 59

Willkommen im Attac-Büro



Finanz- und Mitgliederbericht 2013

von Wilhelm Zwirner

Die Finanzen des Jahres 2013 weisen für das gesamte über Attac abgerechnete Budget (inkl. Allianz Wege aus der Krise, Seattle to Brussels Network, csa4europe Grundtvig Lernpartnerschaft, GROWL Grundtvig Lernpartnerschaft und Cross Networking Space/Vernetzungsarbeit europäisches Attac-Netzwerk) einen operativen Verlust von minus 8.776,25 Euro aus. Ohne diese projektbezogenen Gelder, die in sich selbst über den gesamten Projektzeitraum rechnerisch ausgeglichen sind, beläuft sich das **operative Jahresergebnis von Attac Österreich 2013** auf einen Verlust von **minus 15.585,58 Euro.**

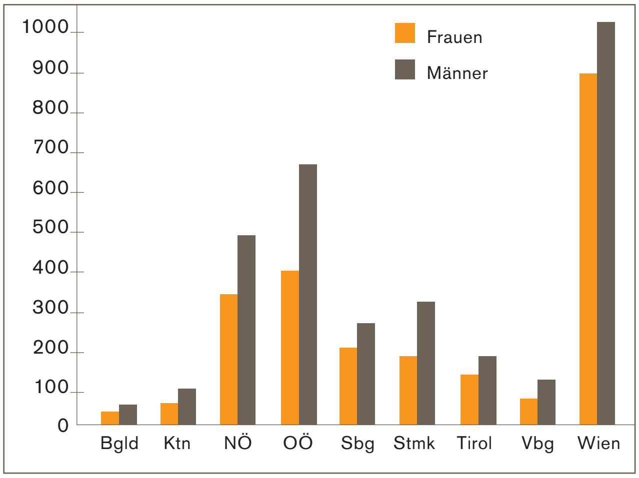
Zu diesem operativen Verlust haben vor allem niedrigere – als kalkuliert – Eingänge aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden wie auch die Verstärkung der Ressourcen für unsere Kampagnenarbeit in den Bereichen Eurokrise/Finanzmärkte/TTIP beigetragen. Da gerade diese Themen die Menschen sehr beschäftigen und Auswirkungen auf unser aller Leben haben, war es uns besonders wichtig, hier gute und umfassende Informationsarbeit leisten zu können und dafür ein temporäres finanzielles Minus für mehr verfügbare Ressourcen in Kauf zu nehmen. Die Mitgliedsbeiträge sind trotz leichtem Mitgliederwachstum annähernd konstant geblieben und die Spendeneingänge haben sich mit einem Plus von 13% zwar recht positiv, aber etwas unter unseren Erwartungen entwickelt. Aus diesem Grund wurde auch Ende 2013 eine Online-Spendenkampagne mit dem Titel „Attac hat 2013 viel geschafft!" lanciert, die das operative Minus noch etwas abgefedert hat.

Seit Anfang des Jahres arbeiten wir intensiv an der Fundraisingstrategie 2014 – wir sind davon überzeugt mit der Unterstützung unserer Mitglieder, SpenderInnen und SympathisantInnen 2014 auch finanziell wieder zu einem positiven Jahr entwickeln zu können. An dieser Stelle möchten wir uns bei allen ganz herzlich bedanken, die uns dabei unterstützen und viele Menschen über Attac und unsere politische Bildungs- und Kampagnenarbeit informieren und sie dazu motivieren ebenfalls Attac-Mitglied und/oder SpenderIn zu werden.

Jahresergebnis 2013	inkl. Allianzen /Projekte*	ohne Allianzen /Projekte*
Mitgliedsbeiträge	176.347,70	176.347,70
Spenden	108.544,30	105.981,28
Subventionen	153.964,07	23.000,00
Beiträge zu Veranstaltungen	20.061,00	19.761,00
Honorare	2.041,47	2.041,47
Broschürenverkauf	5.014,68	5.014,68
Sonstige Einnahmen	19.324,42	19.324,18
Summe Einnahmen	**485.297,64**	**351.470,31**
Personal	309.943,25	201.861,97
Bürokosten	40.804,48	40.086,88
Veranstaltungskosten	56.905,58	47.391,46
Drucksachen	21.878,15	20.774,37
Verkaufsmaterialien	2.287,45	2.287,45
Reisekosten Attac	15.858,00	14.891,82
Sonstige Ausgaben	38.276,90	33.161,76
Presse	8.120,08	6.600,18
Summe Ausgaben	**494.073,89**	**367.055,89**
Jahresergebnis	**-8.776,25**	**-15.585,58**

* Allianz Wege aus der Krise, Seattle to Brussels Network, csa4europe Grundtvig Lernpartnerschaft, Cross Networking Space/Vernetzungsarbeit europäisches Attac Netzwerk

Die Zahl der Mitglieder ist 2013 auf 5.610 (davon ca. 70 Organisationen) angestiegen. Darüber hinaus haben wir knapp 8.500 InteressentInnen und SpenderInnen in der Datenbank. Etwas mehr als ein Drittel (35,5%) unserer Mitglieder haben ihre aktuelle Postanschrift in Wien, gefolgt von Oberösterreich (19,1%) und Niederösterreich mit 15,3%. Das Geschlechterverhältnis unserer Mitglieder teilt sich in 41,5% weiblich und 58,5% männlich.



Vielen Dank an alle, die uns mit ihrem regelmäßigen Mitgliedsbeitrag oder mit Spenden und als AktivistInnen oder MultiplikatorInnen unterstützen und dadurch zu den Zielen von Attac und unserer Bildungs-, Informations-, Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit beitragen!


www.oegj.at
RASSISMUS
IST SO WEIT VERBREITET
WIE SCHNUPFEN!
NACHDENKEN HILFT!
GEGEN RASSISTISCHE VORURTEILE.
Österreichische
Gewerkschaftsjugend
ÖGJ

Das alles gibt's bei uns zum Lesen, Tragen, Hören, Weiterverarbeiten...

Positions- und Informationspapiere

- ABC der Eurokrise (Glossar)
- Attac Deklaration 2010 – Eine andere Welt gestalten! Ein gutes Leben für alle ermöglichen!
- Attac Gründungsdeklaration
- Bedingungsloses Grundeinkommen
- Die Demokratische Bank (Projektpapier)
- Ernährungssouveränität
- Fair Steuern – Mehr für alle
- Eine kleine Geschichte der Finanztransaktionssteuer (Informationspapier)
- Geld ist ein öffentliches Gut – Für ein alternatives Finanzsystem!
- Globalisierung. Daten und Fakten
- Kooperation statt Wettbewerb – Eine andere Politik für Europa
- Privatisierung und Liberalisierung
- Wie die EU-Krisenpolitik unsere Demokratie gefährdet (Informationspapier)
- Zukunft der Pensionen

Bücher

- 50 Vorschläge für eine gerechtere Welt. Christian Felber, 2006
- Alternativenwerkstatt zur globalen Krise. Attac Sommerakademie 2009. Attac (Hg.), 2009
- Arbeiten wie noch nie!? Unterwegs zur kollektiven Handlungsfähigkeit. Sabine Gruber (Hg.), 2010
- Asienkrise: Lektionen gelernt? Finanzmärkte und Entwicklung. Karin Küblböck, Cornelia Staritz (Hg.), 2008
- Bewegung macht Geschichte. Gerald Faschingeder, Karin Fischer, Johannes Jäger, Alexandra Strickner, 2003
- Crash statt Cash. Warum wir die globalen Finanzmärkte bändigen müssen. Attac (Hg.), 2008
- Das kritische EU-Buch. Warum wir ein anderes Europa brauchen. Attac (Hg.), 2006
- Die Gemeinwohl-Ökonomie. Aktualisierte und erweiterte Neuausgabe. Chrsitian Felber, 2012
- Ernährungssouveränität. Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik in Europa. Gérard Choplin, Alexandra Strickner, Aurélie Trouvé (Hg.), 2011
- Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Ulrich Brand, 2005
- Kooperation statt Konkurrenz - 10 Schritte aus der Krise. Christian Felber, 2009
- Losarbeiten – Arbeitslos? Attac Österreich (Hg.), 2005
- Mythen der Krise. Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash. Attac, BEIGEWUM (Hg.), 2010
- Mythen des Sparens. BEIGEWUM, 2013
- Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus. Christian Felber, 2008
- Ökonomisierung der Bildung. Paulo Freire Zentrum, ÖH (Hg.), 2005
- Retten wir den Euro! Christian Felber, 2012
- Schwarzbuch Raiffeisen. Lutz Holzinger und Clemens Staudinger, 2013
- Tobinsteuer – „Sand ins Getriebe" der Finanzmärkte und Einnahmen für Entwicklung. Cornelia Staritz, 2007
- Was Reichtümer Vermögen. Armutskonferenz, Attac, BEIGEWUM (Hg.), 2004
- Zwischen Konkurrenz und Kooperation. Attac (Hg.), 2006

Attac BasisTexte

- EuropaKrise. Wege hinein und mögliche Wege hinaus. Anne Karrass u. Steffen Stierle, 2011
- Femme global. Christa Wichterich, 2003
- Financial Crimes. Christian Felber, Markus Henn und Stephan Lindner, 2012
- Global-Gerecht-Gesund? Medico international (Hg.), 2008
- Landgrabbing. Der globale Wettlauf um Agrarland. Evelyn Bahn und Timo Kaphengst, 2012
- Postwachstum. Alexis J. Passadakis und Matthias Schmelzer, 2011
- Seit wann gibt es eigentlich Globalisierung? Boris Loheide, 2011
- Steueroasen: trockenlegen! Sven Giegold, 2003
- Wem gehört der Himmel? Jesko Eisgruber, Alexander Haack und Chris Methmann, 2012
- Wirtschaft global - Hunger egal? FIAN (Hg.), 2005
- WTO - IWF - Weltbank. Daniela Setton u.a., 2008

CD und DVD

- Attac ist 10 – das Geburtstagsfest (2 DVDs)
- Der juristische Kampf gegen Gentech. Attac Deutschland (Hg.), 2011 (DVD und Broschüre)
- Drop the Debt – Streicht die Schulden! (CD)
- Black Brown White (DVD)
- Steuergerechtigkeit statt leere Gemeindetöpfe (CD)

Werbematerialien Stofftragtasche, Postkarten mit Cartoons von Gerhard Haderer, Infofolder, Aufkleber, Buttons, T-Shirts 100% Fairtrade und Bio-Baumwolle in verschiedenen Farben und Schnitten

Sämtliche Materialien zu bestellen unter www.attac.at oder im Attac-Büro: Attac Österreich, Margaretenstraße 166/25, 1050 Wien
Telefon 01 5440010, Fax 01 5440059 • verwaltung@attac.at